Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis Juni 1924

21 Dokumente, 53 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom VII. Parteitag (8.-10. März 1924) bis Juni 1924. Die *Rote Fahne* sagte zwar voraus, dass die Beseitigung der „gebliebenen persönlichen Differenzen“ das Ergebnis des Parteitages sein werde, das sollte sich aber als Illusion herausstellen. Wie genau am Parteitag die Frontlinien verliefen, ist auch heute noch nicht völlig geklärt, denn die Protokolle wurden niemals publiziert, in der *Roten Fahne* erschienen lediglich neben technisch-administrativen Details das Begrüßungsschreiben der Komintern und einiger kommunistischer Parteien, allen voran der KPD, der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes und des Kassiers sowie das Referat des Vertreters der III. Internationale, Alois Neurath.

Dass aber nicht alles reibungslos im Sinne der bisherigen Parteimehrheit verlaufen war, dass musste selbst die Komintern-Führung eingestehen: Die tätlichen Auseinandersetzungen am Parteitag wurden zwar nicht thematisiert, aber der Tätigkeitsbericht des EKKI fasste die Situation zusammen: „Die Fraktion Frey hatte auf dem Parteitag eine Mehrheit von einer Stimme, es wurde eine paritätische Zentrale gebildet, die aber nicht zur Arbeit kam, da sich ein Direktorium bildete, welches die Führung der Partei übernahm.“[1] Davon berichtete die *Rote Fahne* nichts, sie führte lediglich aus, dass zur Überwindung jeder fraktionellen Betätigung ein neues Pol-Büro und eine neue Parteileitung gewählt wurden.[2] Die Ankündigung der *Roten Fahne* musste aber bereits als Drohung verstanden werden: „Fraktionskämpfe oder Versuche fraktioneller Betätigung werden keinen Augenblick länger geduldet.“[3]

Das *Direktorium* (siehe zu diesem auch Dokument 8 dieser Materialiensammlung) bestand aus Gottlieb Fiala, Johann Koplenig, Anna Grün, Malke Schorr, Karl Frank und Friedl Fürnberg, und führte die Partei bis Sommer 1924. Am V. Weltkongress (17.6.-8.7.1924) wurde eine spezielle österreichische Kommission eingesetzt, die ein Funktions- und Betätigungsverbot innerhalb der KPÖ für Tomann und den schon außerhalb Österreichs befindlichen Josef Frey, die als „Hauptschuldige an den Fraktionsstreitigkeiten“ identifiziert wurden, verhängte. Beide sollten, nachdem eine entsprechende Betätigung für sie gefunden worden war, zwei Jahre von der KPÖ entfernt werden, in die UdSSR übersiedeln und im Rahmen der Komintern für das EKKI eingesetzt werden (siehe dazu *Rote Fahne*, 9.9.1924, S.2). Der Umbau der Partei durch die „Pufferfraktion“ um Koplenig und Fiala nahm damit Fahrt auf.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung auseinandersetzen.

Manfred Scharinger, 27.4.2026

---

[1] Zitiert in: Keller, Fritz: Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ - Trotzkisten und andere Gruppen 1919-1945. - Wien 1978, S.38

[2] Rote Fahne, 12.3.1924, S.1

[3] ebenda, S.1

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis Mai 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Oswald [Georgi Dimitroff]	Brief an Karl Toman(n) und Josef Frey	26.4.1924	1
2	-x- [Frey Gruppe]	Fraktionelles Rundschreiben	Ende Juni 1924	3
3	Ludwig Schmidt, Alois Donauer u.a.	Brief an die Österreichische Kommission des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale	[o.D.]	3
4	Franz Richter	Das warnende Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Österreichs - Manuskript, aus der Brünner „Rovnost“ (übersetzt aus dem Tschechischen)	[o.D.]	3
5	xxx	Wie es bei den Wiener Kommunisten zugeht. Geschildert von einem Kommunisten - Arbeiter-Zeitung, 18.6.1924, Nr.167, S.4	18.6.1924	1
6	Gustav Schönfelder	Antrag [betreffend Einladung von Referenten der KPD etc.]	[o.D.]	1
7	Viktor Stern	Brief an Josef Frey	3.4.1924	2
8	Genossen der Localorganisation Meidling der KPÖ	Resolution zur Umstellung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen.	31.3.1924	3
9	Alois Donauer	Brief an das Exekutivkomitee der Komintern [beschädigt]	23.3.1924	9
10	Anna Grün (für das Polbüro der KPÖ)	Brief an Karl Tomann und Josef Frey	19.3.1924	1
11	xxx [Frey-Anhänger]	Brief an das EKKI [Stellungnahme zur Frage der Betriebszellen]	7.5.1924	2
12	xxx	Unsere Stellungnahme zur Betriebszellenfrage	[Anfang Mai 1924]	4
13	xxx [Delegierter der Frey-Gruppe]	[Bericht über den Verlauf des 7. Parteitages]	[o.D.]	4
14	[Direktorium der KPÖ]	Rundschreiben an alle Lokalorganisationen der Kommunistischen Partei Österreichs	14.[?] 3. 1924	3
15	[Frey-Gruppe]	Antrag [betreffend Aufhebung der Suspendierungen, Ausschlüsse, paritätische Besetzung der diversen Sekretariate, Einberufung des Landesparteitages etc.]	[o.D.]	1
16	[Parteivorstand der KPÖ]	Erklärung betreffend die Entscheidung der Komintern in der Österreichischen Frage [betreffend Zusammentritt des vom Parteitag gewählten PV, Liquidierung des alten Polbüros]	[o.D.]	1

17	Anton Hoch (für die Lokalorganisation Graz)	Brief an Josef Frey	[o.D.]	1
18	Johann Koplenig (für das Polbüro)	Ergänzung zu den Richtlinien über die Gemeinderatswahlen	[o.D.]	1
19	Oswald [Georgi Dimitroff], Johann Koplenig [für das Polbüro]	Rundschreiben zur inneren Lage der KPÖ an die Landesleitungen und Lokalorganisationen	25.4.1924	1
20	[Vertreter der Frey-Gruppe im Parteivorstand]	Erklärung [betreffend das Verhalten des Kominternvertreters]	[o.D.]	2
21	Mitglieder des momentanen und des gewählten Parteivorstands [Frey-Richtung]	Erklärung [betreffend Demission, Misstrauenserklärung gegenüber „Oswald“ - Georgfi Dimitroff - etc.]	[o.D.]	6
				53

Wien, 26. April 1924.

An die Genossen

T o m a n und F r e y ,

W i e n .

Werte Genossen!

Gemäss dem Beschluss der Exekutive der Komintern und der wiederholten Mitteilung des Präsidiums der Komintern bitte ich Euch, unmittelbar nach dem 1. Mai nach Moskau zu fahren.

Ich ersuche Euch, bis dorthin, alle persönlichen und familiären Angelegenheiten zu ordnen, sowie alle notwendigen Vorbereitungen zu Eurer Abreise zu treffen und am 2. Mai nachmittag zu mir zu kommen, um die notwendigen Reisespesen in Empfang zu nehmen.

Es erübrigt sich, Euch zu betonnn, dass eine eventuelle Nichterfüllung Eurerseits des Beschlusses der Komintern, sehr ernste und unerwünschte Folgen nach sich ziehen würde.

Mit kommunistischem Gruss:

der Vertreter der KI bei KPÖ:

Arnold

1.Die Lügen über Oberösterreich !

Es werden von der Landesleitung und insbesondere von Brodnigg das niederträchtige Gerücht verbreitet, dass D e u b l e r zur Sozialdemokratischen Partei übergegangen sei und einen bezahlten Posten bei der S.P. habe. Entstanden ist dieses Gerücht durch einen Konflikt zwischen Mathias und Doubler in der Frage ob einige säumige Genossen in der Roten Fahne veröffentlicht werden sollen, da sie einige Beträge seit dem Vorjahre schulden. Später verschärfte sich dieser Konflikt zu heftigen persönlichen Auseinandersetzungen. Eine Landesleitungssitzung befasste sich am Sonntag den 22.VI. mit dieser Angelegenheit. Für den P.V. war Koplenig anwesend, Gen. Hexmann war einstimmig von der Landesleitung als Vertrauensperson zugezogen worden, da sonst für eine geordnete Führung der Verhandlungen keine Sicherheit geboten gewesen wäre. Schliesslich einigte sich die Landesleitung auf eine Resolution die folgenden Inhalts hatte :

"Die Landesleitung stellt fest, dass niemand gegen Gen. Doubler den Verdacht finanzieller Unterschleife erhoben hat. Gen. Doubler hat auch die noch zu untersuchenden Unregelmässigkeiten der Gen. Hans Bauer und Pillik nicht gedeckt. Die Landesleitung kann aus der politischen Tätigkeit des Genossen Doubler keine wie immer gearteten sozialdemokratischen Abweichungen ersehen, in vielen Fällen war überdies seine Stellungnahme im Einvernehmen der Landesleitung erfolgt. Die Landesleitung spricht daher dem Genossen Doubler sowohl in seiner politischen als auch finanziellen Arbeit die grösste Anerkennung aus. Die Landesleitung stellt in Bezug auf die organisatorische Tätigkeit fest, dass sowohl vom Genossen Doubler als auch von der Landesleitung Unterlassungen vorgekommen sind. Die L.L. verurteilt auf das schärfste das persönliche, agressive Vorgehen des Gen. Doubler gegen einzelene Genossen."

Genosse Mathies stimmte gegen, weil er nicht mehr - in Folge fortgeschrittener Zeit - antworten konnte, Aber die Ausführungen des Gen. Doubler waren schlagend und nur Berichtigungen.

Schliesslich wurde beschlossen, dass Gen. Mathies noch ein Monat die Geschäfte führt, Gen. Doubler wurde auf weiteres beurlaubt um in der Oeffentlichkeit etwas zurücktreten zu können, um endlich Arbeit bekommen zu können. Dies wurde einstimmig akzeptiert. Es kann somit von einer "Krise" überhaupt nicht die Rede sein.

2.Die Frage der oesterreichischen Kommission.

Die Zusammensetzung der österreichischen Kommission ist uns noch nicht bekannt. Neurath wollte sie scheinbar überhaupt unter den Tisch fallen lassen. Fiala musste erst den Antrag stellen. Der Vorsitzende ist der deutsche Hamburger Genosse Thälmann und der Sekretär der Italiener Pelasa. Die sonstige Zusammensetzung ist uns noch unbekannt. Tatsache ist dass weder Tomann noch Frey die Einladung erhielten nach Moskau zu reisen. Tomann fuhr auf eigene Faust. Mann wollte ohne die beiden erbosten, Wir haben Schönfelder ausgewiesen, an den Beratungen nicht teilzunehmen, wenn Frey nicht eingeladen wird. Da wird das Lumpige Gerücht verbreitet Frey habe gesagt, dass er sich an der oesterreichischen Partei "desinteressiert" erkläre und trotz erhaltener Einladung nicht nach Moskau fahren werde. Das ist erstunken und erlogen. Die Unterschriften

Die unsere Bezeichnung sind sofort einzusenden, da sonst dieselben nach den Unterschriften der Komintern nach Moskau kommen werden. Wir brauchen garnicht zu unterstreichen, wie wichtig es ist, dass hier Schriftenfälschungen und Schwindel der Tomannfraktion mit durch Unterschriften entgegenzuarbeiten.

3.Mitteilungen aus den Bezirken. Im IX.Bezirk haben die Tomanniten den Ausschuss gesprengt, indem sie aus dem XX. Bezirk Genossen kommandierten, die vorgaben, dass sie alle in der Betriebszelle im IX.Bezirk beschäftigt seien. Unsere Genossen werden antworten. Wir werden mit gleichen Mitteln antworten. -

Im XIII.Bezirk beschloss der Ausschuss den Genossen Hexmann von seiner Funktion als Propagandaleiter zu enthaben und zu diesem Zweck wird noch eine Mitgliederversammlung stattfinden. Der Gen.Hexmann hat bei allen Arbeiten mitgearbeitet, bei Plakatierungen, Kassierung, Maiprogramm etc., aber er wird den Marzianhängern und der Tomannfraktion unangenehm. Es bleibt abzuwarten ob die Mehrheit mit der Tätigkeit des alten Ausschusses zufrieden sein wird.

4. Die Aktion gegen die Zölle

Unsere Kritik hat Recht behalten. Der F.V. versteht eine Aktion wirklich nicht zu organisieren. In welchen Betrieben sind Betriebsversammlungen stattgefunden. Wo sind die Tomanniten mit ihren Betriebszellen geblieben ? Die Aktion ist plötzlich abgebrochen, man weiss nicht wie Unsere Antrag lautete, dass sie mit Betriebsversammlungen beginnen solle, über kombinierte Bezirksversammlungen bis zur Massenversammlung. Die Erweiterung auf eine Aktion gegen die Teuerung überhaupt ist nicht geschehen, dazu genügt nicht blos der Titel : Gegen Teuerung und Zölle. Dazu gehört eine unausgesetzte Propaganda, Forcierung in der Roten Fahne usw usf. Wir werden unseren Bezirken Anweisungen geben wie die Aktion weiterzuleiten ist. Im allgemeinen waren unsere Genossen aktiver, der XVI.Bezirk hat überhaupt keine Versammlung gehabt. Der "stärkste" Bezirk, Marchalowski hat keine Betriebsversammlung gehabt.

5.Nachspiel zur Vertrauensmännerkonferenz.

Die Tomanniten sprengen das Gerücht aus, dass wir mit der Vertrauensmännerkonferenz die Spaltung angekündigt hätten, sie vollziehen sie nun, sagen sie. Es muss mit aller Schärfe unterstrichen werden, dass die Vertrauensmännerkonferenz nur deswegen aufgelöst wurde, weil Brodnig Vorsitzender war und die Tomanniten ihre Minderheiten sahen. - Es werden ferner die Blödsinnigkeiten des Lukcar für bare Münze genommen. Hexmann sagte nicht, dass er eine Zollunion der kapitalistischen Staaten wünsche, sondern dass ein Aufbau Oesterreichs nicht möglich ist ohne den wirtschaftlichen Anschluss an ein anderes Gebiet, etwa die Donauländer, unsere Parole aber jetzt ist : Anschluss an Deutschland ! Hexmann sagte dass der Aufbau vorgenommen werden müsse durch Kredite dies sich die Kapitalisten verschaffen sollen, aber nicht durch Opfer der Arbeiter in Form der Zollbelastung und warf die Frage auf ob die Parole der Verwendung der Genferkredite für die Industrie ratsam wäre, aber es ist unratsam. Kulczar verdreht und sagt, er habe sich auf Boden des Genfer Vertrages gestellt. U.s.w.

6.Zur Zusammenkunft der Vertrauensleute für Bildungsarbeit
hat Hoxmann bei der Polizei interveniert,aber noch keine definitive Antwort erhalten.Die Angelegenheit wird noch bis zum Bundeskanzleramt gehen.Sonst hat sich -was die Parteizentrale anbelangt ,- in dieser Angelegenheit nichts ereignet.Eine Hausdurchsugung war bei einem notierten Genossen,dem man Waffen die er zufällig vor seiner Abrüstung noch hat wegggenommen.Man wird also noch bei anderen Genossen die behördliche Dummheit fortsetzen.Es ist zum ersten Male vorgekommen,dass eine Veranstaltung die sich zur Aufgabe gestzt hatte,die Sommerbildungsarbeit und Ausflüge zu besprechen,von der Polizei aufgelöst und in der unerhörtesten Weise schikaniert wurde, während andere wichtige Besprechungen z.B. der Ordner nicht bespitzelt wurde.Die Polizei hat sich einfach lächerlich gemacht. Wir behalten uns eine weitere Stellungnahme bevor.

7.Programm,Richtlinien,etc.
für die österreichische Kommission in ihrer endgültigen Form sind bereits fertig,werden abgezogen und vor Samstag zur Verfügung gestellt werden.

8.Permanenzdienst.
Zu telephonieren ist nicht mehr an die Nummer 82-8-23 sondern an den Gummiarost ,Genossen Schmidt 54 - 0 - 48 .Wir werden dies noch ändern.Es wundert uns,dass nach der Ausstreuung so vieler Gerüchte unsere Genossen die rascheste Verbindung nicht gewählt haben sondern das Gefühl der inneren Unruhe und Unsicherheit solange in sich weitergetragen haben.Unbedingt von der Verbindung Gebrauch machen !

9.Nächste Sitzung
findet nicht wie beabsichtigt am Montag sondern am Samstag den 5.Juli statt.Die Genossen müssen sich diesen Tag unbedingt reservieren.Jeder Bezirk hat zwei Genossen,nicht mehr aber auch nicht weniger zu entsenden.Aber unbedingt!.Die Genossen,die das letztemal gefehlt haben sollen mir unbedingt eine schriftliche Entschuldigung an Donaust XII.Wienerbergstrasse 54 machen. Kann sie für Samstag verhindert sein,soll sie ebenfalls ohne solche Entschuldigung an dieselbe Adresse geschrieben werden,damit man den Grund des Ausbleibens genau kennt. Das Entschuldigungssystem muss unbedingt eingehalten werden.

Grüsse -x-.

An die

Österreichische Kommission des V.Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Die Mehrheit der Partei ist sich darüber klar, dass diese Parteileitung nicht imstande ist,die Partei aus der Fraktionskrise hinaus und vorwärts zu führen.Wie unfähig aber jene Genossen sind, die an der Spitze der Partei stehen, sollen einige Beispiele aufzeigen:

1.)Seipel Attentat. Die vollständige Unfähigkeit dieser Parteileitung eine plötzlich auftretende Situation auszuwerten, zeigt sich anlässlich des Seipel-Attentates.Während die Arbeiterschaft in höchster Erregung war, die Arbeiter-Zeitung Stellung nahm gegen den Attentäter,Seipels Verdienste lobte und ein grosser Teil der Arbeiterschaft sicherlich von der Roten Fahne,als Organ des revolutionären Proletariats,eine scharfe Stellungnahme gegen die Seipel-Sanierung,als dessen Folge das Attentat zu werten ist,erwartete,erschien in der Roten Fahne,am Tage nach dem Attentat,ein vollständig inhaltsloser Leiter, der den individuellen Terror ablehnte,nicht aber den Weg wies,der aus dem Elend der Seipel Sanierung herausführt.Keine Aufforderung zu Massen Aktionen, zu Massen Terror.Die Partei buchte das Ereigniss in der Roten Fahne,schrieb einige Glossen darüber und tat sonst nichts.Sie verstand es auch nicht,von dem Attentat ausgehend,einen scharfen Kampf gegen die Teuerung zu führen,die Verzweiflung unter der Arbeiterschaft aufzuzeigen und auf den neuen Raub der Seipel Sanierung,in Gestalt der Zölle,hinzuweisen.

2.) Der Kongresss der Amsterdamer. Die Tagung des internationalen Gewerkschafts Kongresses der Amsterdamer und der Exekutive der II Internationale zu Pfingsten wurde von der Sozialdemokratischen Partei zu einer gross angelegten Kundgebung ausgenützt.Gerade in Oesterreich wäre es notwendig,dieser Agitation für die II Internationale,mit einer entsprechenden Aktion gegenüber zu treten.Die Kommunistische Partei hat vollkommen versagt.Mindestens 3 Monate vorher war der Parteileitung der Kongress bekannt.Viele Wochen vorher wusste die Partei von dem Aufmarsch der Sozialdemokratischen Partei am 8.Juni.Keine Vorbereitung zu Gegenmassnahmen,vollständige Passivität.Am Sonntag den 1.Juni war in der Roten Fahne keine Zeile von einer Gegenkundgebung zu lesen.Als am Montag einige Genosen fragten,wie sich die Kkommunistischen Ordner bei dem Aufmarsch zu verhalten hätten,erinnerte sich die Parteileitung,dass sie hier etwas machen müsse.Aber auch am Dienstag noch kein Aufruf zu einer Gegenkundgebung.Es wurden die Obmänner und Propagandaleiter einberufen und erst beraten,was zu unternehmen sei.Erst am Mittwoch den 4.,einen Tag vor der Kundgebung der S.P. rief die K. P.OE. in der Roten Fahne die Arbeiterschaft zu einer Gegenveranstaltung in Stallehners Saal auf.Keine vorbereitenden Arbeiten in den Betrieben,keine Versammlungen----.Diese Aktion war ein vollständiges Fiasko der Partei.Der Saal der 1000 Personen fasst,war nicht einmal zur Hälfte besetzt,nicht einmal 500 Arbeiter waren erschienen.(Die Kommunistische Partei soll in Wien 4000 Mitglied haben)Ja noch mehr! Da die Partei nicht rechtzeitig mit einer Gegenaktion einsetzte,den Genossen keine Richtlinien gab,kam es,dass sogar Kommunisten aus den Betrieben mit den Sozialdemokraten demonstrierten !!!

3.)Der 15.Juni ist der grösste Gedenktag der Kommunistischen Partei.In zu einer grossen Kundgebung der revolutionären Arbeiterschaft wiens auszunützen,hätte die Partei diesmal glänzend Gelegenheit gehabt.
Die Hakenkreuzler hatten für den 15.Juni eine Gedenkfeier für Schlageter im konzerthaus,einen Demonstrationszug über den Ring und eine Feldmesse in der Karlskirche angekündigt.Der monarchistische Deutschmeisterverband eine Gedenkfeier der Schlacht v.Kolin vor dem Deutmeistermonument.Die K.P.OE. zeigte am Donnerstag den 12. eine Versammlung am Schwarzenbergplatz in der Nähe der Karlskirche,bei der Polizei an. Die Polizei verbot nun, den Demonstrationszug der Hakenkreuzler und die Versammlung der Kommunisten.Es war klar,dass die Hakenkreuzler sich an das Verbot der Polizei nicht halten werden, umsomehr

aber befolgte dieses Verbot, die Avantgarde des revolutionären Proletariats. Der Gehorsam ging sogar so weit, dass das Verbot unserer Versammlung nicht einmal in der Presse ausgewertet wurde. Während der Abend über dieses Verbot schrieb, steckte es die Rote Fahne ruhig ein. Für Freitag den 16. aber wurden die Obmänner, Ordner, Referenten und Propagandaleiter eingeladen und befragt was die Partei machen solle. Genosse Samisch schlug vor, die Versammlung trotzd abzuhalten und das Verbot zu einer grossen Agitation für diese Versammlung auszunützen. Dies wäre möglich gewesen. Die Partei hätte am Samstag in Wien 200. Fluzetteln verbreiten und die Arbeiterschaft auffordern können, die Hakenkreuzlerversammlung, durch Teilnahme an unserer Versammlung, zu vereiteln. Die Parolen: Gegen die Reaktion, gegen den Faschismus, gegen die Arbeitermörder sind gegenwärtig die einzigen, mit denen die K.P.Oe. Arbeiter auf die Füsse bringen kann. Die Partei nützte dies nicht aus. Während die S.P. unmittelbar vor dem Rathaus eine Fahnenübergabe an den Republikanischen Schutzbund abhielt um die Arbeiterschaft von der Aktion gegen den Faschismus abzulenken, machte die K.P.Oe. noch besser, sie feierte den 15. Juni am Zentralfriedhof, 8-10km von den Hakenkreuzlern, an der äussersten Grenze von Wien. Dort erzählte Koritschoner, nach Art der S.P.-Lonzen, dass die K.P.Oe. auf ihren Posten stehen. Den 16. Juni zu einer Massenkundgebung gegen den Faschismus zu gestalten, die Verbindung herzustellen mit dem revolutionären Proletariat, wäre die würdigste Art gewesen, der Opfer des 15. Juni 1919 zu gedenken. Die Parteileitung hat dies weder begriffen, noch war sie imstande diese Gelegenheit auszuwerten.

Wenn aber irgendwelche Instanzen der Partei von der Inaktivität, Unentschlossenheit und Feigheit der Parteileitung angewidert selbst Aktionen unternehmen wollen, werden sie daran gehindert. Die Soldatengruppe hatte beschlossen, die Teilnahme der Reichswehr an der Frohnleichnahmsprozession am Donnerstag zu einer Kundgebung, gegen die Reaktion in der Wehrmacht auszunützen, eventuell zu vereiteln. Die Parteileitung verbot der Sodatengruppe eine solche Aktion. Einen Tag vorher hob sie das Verbot auf, Aber der Sodatengruppe war es nicht mehr möglich, eine Aktion zu organisieren.

So wie in der Wahltaktik, in der Behandlung der deutschen Frage, so sind auch diese Genossen, die sich mit allen Mitteln des Terrors und Betruges gegenüber den eigenen Parteigenossen an der Macht halten, nicht imstande, die Partei aus den Sumpf, in die sie sie hineingebracht haben, herauszuführen.

Wir hoffen, dass die österr. Kommission, hier entscheidend eingreifen wird. Wir sagen nur kurz, dass es uns nicht mehr lange möglich sein wird, die Genossen der Parteimehrheit, die auf das Höchste erbittert sind, vor energischen Schritten, als sie bisher angewedet wurden zurückzuhalten. Die Geschicke der Partei sind Euch noch einmal in die Hand gegeben. Wir hoffen, dass die diesmalige Entscheidung, im Sinne der Gesundung der Partei liegen wird.

Leider müssen wir gestehen, dass wir der Tagung der KOMM. mit grosser Besorgung entgegensehen. Von der Tomanfraktion sind gegenwärtig die Genossen Fiala, Fuchs, Hetzlik und Strömer in Moskau. Desgleichen die Genossen Neurath, Marx, Albrecht, Landler und Albary die ebenfalls gegen uns eingestellt sind, nicht zu vergessen Strasser. Alle die Genossen werden trachten, die Entscheidung der Kommission zu beeinflussen. Von Seiten der Parteimehrheit ist nur Genosse Schönfelder in Moskau. Genosse Frey wurde bis heute nicht eingeladen und wir hoffen, dass dies nur ein Versehen ist, welches sofort gutgemacht wird. Wir fordern mit allen Nachdruck, dass Genosse Frey unverzüglich nach Moskau berufen wird, um dort in unserem Einverständnis mit Genossen Schönfelder, den Standpunkt der Parteimehrheit zu vertreten.

Mit kommunistischen Gruss

Für Lehrer K.P.D. Zahlabschnitt XIII, Leipzig

Richard Strauss

f. d. XXI Bez.

Das warnende Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Oesterreichs.
(v. Franz Richter.)

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern), die sah, dass die Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Partei Oesterreichs die Partei nicht nur in immer grössere Zersetzung, sondern geradezu ins Verderben treiben, dass es nicht möglich ist, in der auf dem Kongress 1923 gewählten Zentrale eine Zusammenarbeit zu ergielen, ordnete an, dass der Zentralausschuss s u s p e n d i e r t w e r d e oder besser gesagt, demissioniere und eine provisorische Parteileitung eingesetzt werde. Dem folgte der weitere Schritt, dass ~~xxxx~~ fünf fraktionell exponierte Genossen aus der Parteileitung a b b e r u f e n und zwei von ihnen, die Genossen T o m a n und Frey a u s O e s t e r r e i c h i n a n d e r e S t a a t e n v e r s e t z t w u r d e n. Es schien, dass sich tatsächlich eine Plattform für die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei zu bilden beginne. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale schickte nach Oesterreich ihren Vertreter, den Genossen N e u r a t h, der bei der Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei bewegende und impulsive Hebel sein sollte. Durch die Beseitigung der am meisten in den Fraktionen tätigen Genossen wurde unter der Mitgliedschaft eine durchaus andere Stimmung herbeigeführt. Ueberall dort, wo in die Versammlungen der Vertreter der Komintern kam und erkärte, dass die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschlossen sei, mit allen Mitteln zu Gunsten einer Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei einzugreifen, fand er vollständige Zustimmung. Die Mitglieder waren einerseits satt der Fraktionskämpfe, andrerseits imponierte ihnen noch die Autorität der Komintern und seines Vertreters. Die Situation änderte sich, als klar zu werden begann, dass die Vertreter der Kommunistischen Internationale – es waren zu jener Zeit in Wien zwei – insbesondere aber Neurath, zwischen den Fraktionströmungen zu s c h w a n k e n b e g i n n e n, wie er u n e n t s c h i e d e n v o n e i n e r S e i t e a u f d i e a n d e r e l a v i e r t, wie er statt der festen Linie der Komintern zuerst den Weg der f r a k t i o n e l l e n S c h w a n k u n g betritt, der sich allmählich zum Hinneigen zu einer von beiden Fraktionen, und zwar zur Fraktion Toman, entwickelte. Das führte dazu, dass die Autorität des Vertreters der Exekutive b a l d v e r b r a u c h t w a r und mit seiner Autorität auch die Autorität der Komintern u n t e r g r a b e n w ü r d e. Daneben war es die absolute U n e n t s c h l o s s e n h e i t des Vertreters der Exekutive in Fällen, wo es sich um eine direkte Verletzung der Disziplin durch die Führer der Fraktionellen gegenüber der Kommunistischen Internationale handelte. So ist Toman, der durch die Entscheidung der Exekutive in ein a n d e r e s L a n d v e r s e t z t w u r d e, eines Tages zurückkehrt, und alle Ermahnungen, dasser durch die Disziplin der Exekutive der Kommunistischen Internationale (E.K.J.) gebundensei, gingen ins L e e r e. Ein Antrag in der Parteileitung, ihn, wenn er sich der Entscheidung der E.K.J. nicht unterwerfe, r ü c k s i c h t s l o s a u s d e r P a r t e i a u s z u s o h l i e s s e n, wurde nicht nur von seinen Fraktionsanhängern bekämpft, sondern auch vom Vertreter der E.K.J. selbst. Nach dieser Nachgiebigkeit und Rücksichtnahme gegenüber einer Verletzung der D i s z i p l i n war es kein Wunder, wenn eine D i s z i p l i n v e r l e t z u n g (und zwar von beiden Seiten) a u f d i e a n d e r e f o l g t e. Die Angehörigen beider Fraktionen sagten sich einfach, dass man die Disziplin in der Partei und gegenüber der Komintern s t r a f l o s m i t d e n F ü s s e n i n d e n S t a u b t r e t e n k ö n n e, und nützen das ausgiebig aus. In dieser Atmosphäre trat heuer im Frühjahr der Kongress zusammen. Auf diesem Kongress hatte die Fraktion Frey eine Mehrheit von e i n e r Stimme, während die Anhänger der Fraktion Toman in der Minorität blieben. Der Kongress wurde der Mittelpunkt eines a u f g e r e g t e n F r a k t i o n s k a m p f e s Auf Antrag des Vertreters der Komintern w u r d e n n i c h t e i n m a l die K o n g r e s s m a n d a t e ü b e r p r ü f t, und es wurde nicht konstatiert, ob die anwesenden Delegierten das Stimmrecht haben. Der Vertreter der E.K.J. erklärte weiter, das der neue Exekutivausschuss der Partei paritätisch gewählt sein misse aus der gleichen Zahl von Vertretern

[illegible] Delegierten, die sich weigerten, mit irgend einer Fraktion zu gehen, wurden in die Fraktionen geradezu gewaltsam hineingedrängt. Aber noch an demselben Tage, ja zur selben Stunde, der der Vertreter der Komintern dem Kongress die paritätische Zusammensetzung der neuen Parteiexekutive diktierte, erklärte er, dass der neue, vom Kongress eben auf seinen Antrag gewählte Parteiexekutive überhaupt nicht zusammentreten oder dass ein Direktorium eingesetzt werden würde. So ist es auch geschehen. Der Vertreter der Komintern ernannte ein Direktorium aus der gleichen Zahl von Anhängern und Exponenten beider Fraktionen oder von in die Fraktionen auf seinen Antrag hineingedrängten Genossen, die sich keiner Fraktion anschliessen wollten. Bei Entscheidung war regelmässig Stimmengleichheit, so dass mit seiner Stimme der Vertreter der E.K.J. entschied, der sih schon vorher auf die Seite einer dieser beiden Fraktionen gestellt hatte. Ausserdem erklärte der Vertreter der E.K.J., dass das Direktorium keine Exekutivgewalt habe. Durch dieses Vorgehen war allerdings die innere Krise in der Kommunistischen Partei Oesterreichs nicht liquidiert, sondern verschärft. Und in dieser kritischen Situation der Partei furh der Vertreter der E.K.J. aus Oesterreich weg, liess sich abberufen. Inzwischen kam es zu weiteren verletzungen der Disziplin gegenüber der Partei und der Komintern. Toman, der sich vorher bewegen liess und aus Oesterreich abreiste, kehrte von neuem zurück und erklärte einfach, dass er sich der Anordnung der Komintern und der Partei nicht unterwerfe. Seine Tat blieb straflos und trug dazu bei, dass die Verletzung der Disziplin, ja sogar der Parteiehre Regel wurde.

Als sich zeigte, dass das Direktorium in der Partei keine Ordnung machen und die Partei nicht führen könne, schickte die Exekutive nach Oesterreich einen neuen Vertreter und entschied, dass an die Stelle des bisherigen Direktoriums die Funktion der Zentrale der auf dem Kongress gewählte Exekutivausschuss und ein aus seiner Mitte gewähltes politisches Büro antrete. Sobald diese Entscheidung bekannt wurde, leitete eine von beiden Fraktionen - die Fraktion Toman - eine Kampagne gegen die vom Kongress gewählte und paritätisch zusammengesetze Parteiexekutive ein. Um ihre Einberufung und ihr Funktionieren zu vereiteln, griff sie zu Mitteln, die in einer, wenn auch nur teilweise gesunden kommunistischen Partei keinen Platz haben dürfen. Die Bezirke, wo diese Fraktion die Mehrheit hatte, beschlossen und übergaben dem Vertreter der E.K.J. Resolutionen, in denen sie erklärten, dass sie, wenn die Entscheidung der Exekutive durchgeführt würde, die Abführung der Beiträge an die Partei einstellen würden!! Einige von ihnen taten es schon eine ganze Reihe von Monaten. Man drohte mit Spaltung der Partei ! Ja die Angehörigen der gewählten Fraktionen gingen noch weiter: sie beschlossen, sich an der Maifeier der Partei nur unter der Bedingung zu beteiligen, dass ihnen die bindende Erklärung werde, dass die Entscheidung der Exekutive über die Einsetzung der vom Kongress gewählten Parteiexekutive nicht durchgeführt werde. Die Bezirke, wo die Anhänger dieser Fraktion die Mehrheit hatten, trafen alle Vorbereitungen zu selbständigen Maifeiern in den Bezirken. Das ist allerdings etwas, was nach meiner Meinung nicht in der Kommunistischen Partei geduldet werden kann. Es kann ein solches Vorgehen auch nicht im Rahmen der Kommunistischen Internationale geduldet werden. Das ist politische Erpressung gröbster Art, eine Erpressung im Rahmen der eigenen Partei und der Kommunistischen Internationale. Auf ein solches Vorgehen ist nur eine Antwort möglich: entweder sich der Entscheidung der Partei oder der Exekutive unterwerfen oder aus der Partei hinaus!!

Aber diese grobe Verletzung der Disziplin hatte nicht ein schnelles Einschreiten des Vertreters der E.K.J. und der Exekutive selbst zur Folge, sondern führte die erwähnte Fraktion um einen beträchtlichen Schritt mehr zu ihren Fraktionszielen, zur vollständigen Beherrschung der Partei.

Unter ihrem Druck, der in einer systematischen Störung der Disziplin gipfelte, derentwegen in jeder anderen Kommunistischen Partei die schärfsten Vorkehrungen folgen würden, die sich je nach Schwere des Delikts und der persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ausschliessung aus der Partei steigern würden, wurde der ursprüngliche Beschluss der Exekutive auf Einsetzung der vom Kongress gewählten Exekutive abgeändert, die vom Kongress gewählte Exekutive ihrer Funktionen enthoben und eine neue Zentrale ernannt, in der die Fraktion, deren führende Leute sich der gröbsten Disziplinbrüche gegenüber der Partei und der Internationale schuldig gemacht hatten, die absolute Mehrheit der Vertretung erhielt. Der Fraktionszweck wurde hier durch nichtkommunistische Mittel geheiligt. Aber er führte zu den Fraktionszielen.

Es ist begreiflich, dass der Kampf zwischen den Fraktionen durch dieses Vorgehen nur verschärft werden wird, dass die innere Krise der Partei noch mehr gesteigert wird, dass die Partei und die Komintern noch mehr an Autorität und Gewicht nicht nur bei den Angehörigen der Fraktion verlieren werden, sondern auch bei jenen, die das Interesse der Partei und der Komintern bisher über das Interesse der Fraktionen stellten und stellen. Dadurch sind die Perspektiven der Entwicklung der kommunistischen Partei Oesterreichs weit schlechter geworden als sie vor einem halben Jahre waren, als sie vor dem unglücklichen Eingreifen der Vertreter der Exekutive waren, dass gewiss auf der Unkenntnis der Verhältnisse und auf verschiedenen Umständen beruhte, aber das sicherlich nicht die Intentionen der Kommunistischen Internationale und ihrer Exekutive war und ist. Die Krise, die zwar schon einen notorischen Charakter hatte, die aber noch vor wenigen Monaten ohne Katastrophe für die Sektion der Kommunistischen Internationale Oesterreichs beigelegt werden konnte, ist in ein Stadium gelangt, das für die Partei der Rand des Abgrundes ist. Heute geht es tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Sektion der Kommunistischen Internationale in Oesterreich.

Wie es bei den Wiener Kommunisten zugeht.

Geschildert von einem Kommunisten.

Unter dem Titel: Das warnende Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Oesterreichs schildert in der Brünner (kommunistischen) „Rovnost" der (tschechische) Führer der Wiener Kommunistenpartei Fr. Richter die „Verhältnisse", wie sie sich in der Kommunistischen Partei Oesterreichs herausgebildet haben. Wir geben seine lehrreichen Darlegungen nachfolgend wieder; sie sprechen für sich selbst.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern), die sah, daß die Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Partei Oesterreichs die Partei nicht nur in immer größere Zersetzung, sondern geradezu ins Verderben treiben, daß es nicht möglich ist, in der auf dem Kongreß 1923 gewählten Zentrale eine Zusammenarbeit zu erzielen, ordnete an, daß der Zentralausschuß suspendiert werde oder besser gesagt, demissioniere und eine provisorische Parteileitung eingesetzt werde. Dem folgte der weitere Schritt, daß fünf fraktionell exponierte Genossen aus der Parteileitung abberufen und zwei von ihnen, die Genossen Toman und Frey, aus Oesterreich in andere Staaten versetzt wurden. Es schien, daß sich tatsächlich eine Plattform für die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei zu bilden beginne. De Exekutive der Kommunistischen Internationale schickte nach Oesterreich ihren Vertreter, den Genossen Neurath, der bei der Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei der bewegende und impulsive Hebel sein sollte. Durch die Beseitigung der am meisten in den Fraktionen tätigen Genossen wurde unter der Mitgliedschaft eine durchaus andere Stimmung herbeigeführt. Ueberall dort, wo in die Versammlungen der Vertreter der Komintern kam und erklärte, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschlossen sei, mit allen Mitteln zugunsten einer Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei einzugreifen, fand er vollständige Zustimmung. Die Mitglieder waren einerseits satt der Fraktionskämpfe, andererseits imponierte ihnen noch die Autorität des Komintern und seines Vertreters. Die Situation änderte sich, als klar zu werden begann, daß die Vertreter der Kommunistischen Internationale — es waren zu jener Zeit in Wien zwei —, insbesondere aber Neurath, zwischen den Fraktionsströmungen zu schwanken beginnen, wie er unentschieden von einer Seite auf die andere laviert, wie er statt der festen Linie der Komintern zuerst den Weg der fraktionellen Schwankung betritt, der sich allmählich zum Hinneigen zu einer von beiden Fraktionen, und zwar zur Fraktion Toman, entwickelte. Das führte dazu, daß die Autorität des Vertreters der Exekutive bald verbraucht war und mit seiner Autorität auch die Autorität der Komintern untergraben würde. Daneben war es die absolute Unentschlossenheit des Vertreters der Exekutive in Fällen, wo es sich um eine direkte Verletzung der Disziplin durch die Führer der Fraktionellen gegenüber der Kommunistischen Internationale handelte. So ist Toman, der durch die Entscheidung der Exekutive in ein anderes Land versetzt wurde, eines Tages zurückgekehrt, und alle Ermahnungen, daß er durch die Disziplin der Exekutive der Kommunistischen Internationale (E. K. J.) gebunden sei, gingen ins Leere. Ein Antrag in der Parteileitung, ihn, wenn er sich der Entscheidung der E. K. J. nicht unterwerfe, rücksichtslos aus der Partei auszuschließen, wurde nicht nur von seinen Fraktionsanhängern bekämpft, sondern auch vom Vertreter der E. K. J. selbst. Nach dieser Nachgiebigkeit und Rücksichtnahme gegenüber einer Verletzung der Disziplin war es kein Wunder, wenn eine Disziplinverletzung (und zwar von beiden Seiten) auf die andere folgte. Die Angehörigen beider Fraktionen sagten sich einfach, daß man die Disziplin in der Partei und gegenüber der Komintern straflos mit den Füßen in den Staub treten könne, und nützen das ausgiebig aus. In dieser Atmosphäre trat heuer im Frühjahr der Kongreß zusammen. Auf diesem Kongreß hatte die Fraktion Frey eine Mehrheit von einer Stimme, während die Anhänger der Fraktion Toman in der Minorität blieben. Der Kongreß wurde der Mittelpunkt eines aufgeregten Fraktionskampfes. Auf Antrag des Vertreters der Komintern wurden nicht einmal die Kongreßmandate überprüft, und es wurde nicht konstatiert, ob die anwesenden Delegierten das Stimmrecht haben. Der Vertreter der E. K. J. erklärte weiter, daß der neue Exekutivausschuß der Partei paritätisch gewählt sein müsse aus der gleichen Zahl von Vertretern beider Fraktionen. Diejenigen, die sich wehrten, mit irgendeiner Fraktion zu gehen, wurden in die Fraktionen geradezu gewaltsam hineingedrängt. Aber noch an demselben Tage, ja zur selben Stunde, da der Vertreter der Komintern dem Kongreß die paritätische Zusammensetzung der neuen Parteiexekutive diktierte, erklärte er, daß der neue, vom Kongreß eben auf seinen Antrag gewählte Parteiexekutive überhaupt nicht zusammentreten und daß ein Direktorium eingesetzt werden würde. So ist es auch geschehen. Der Vertreter der Komintern ernannte ein Direktorium aus der gleichen Zahl von Anhängern und Exponenten beider Fraktionen oder von in die Fraktionen auf seinen Antrag hineingedrängten Genossen, die sich keiner Fraktion anschließen wollten. Bei Entscheidungen war regelmäßig Stimmengleichheit, so daß mit seiner Stimme der Vertreter der E. K. J. entschied, der sich schon vorher auf die Seite einer der beiden Fraktionen gestellt hatte. Außerdem erklärte der Vertreter der E. K. J., daß das Direktorium keine Exekutivgewalt habe. Durch dieses Vorgehen war allerdings die innere Krise in der Kommunistischen Partei Oesterreichs nicht liquidiert, sondern verschärft. Und in dieser kritischesten Situation der Partei fuhr der Vertreter der E. K. J. aus Oesterreich weg, ließ sich abberufen. Inzwischen kam es zu weiteren Verletzungen der Disziplin gegenüber der Partei und der Komintern. Toman, der sich vorher bewegen ließ und aus Oesterreich abreiste, kehrte von neuem zurück und erklärte einfach, daß er sich der Anordnung der Komintern und der Partei nicht unterwerfe. Seine Tat blieb straflos und trug dazu bei, daß die Verletzung der Disziplin, ja sogar der Parteiehre Regel wurde.

Als sich zeigte, daß das Direktorium in der Partei keine Ordnung machen und die Partei nicht führen könne, schickte die Exekutive nach Oesterreich einen neuen Vertreter, und entschied, daß an die Stelle des bisherigen Direktoriums die Funktion der Zentrale der auf dem Kongreß gewählte Exekutivausschuß und ein aus seiner Mitte gewähltes politisches Bureau antrete. Sobald diese Entscheidung bekannt wurde, leitete eine von beiden Fraktionen — die Fraktion Toman — eine Kampagne gegen die vom Kongreß gewählte und paritätisch zusammengesetzte Parteiexekutive ein. Um ihre Einberufung und ihr Funktionieren zu vereiteln, griff sie zu Mitteln, die in einer wenn auch nur teilweisen gesunden kommunistischen Partei keinen Platz haben dürfen. Die Bezirke, wo diese Fraktion die Mehrheit hatte, beschlossen und übergaben dem Vertreter der E. K. J. Resolutionen, in denen sie erklärten, daß sie, wenn die Entscheidung der Exekutive durchgeführt würde, die Abführung der Beiträge an die Partei einstellen werden! Einige von ihnen taten es schon eine ganze Reihe von Monaten. Man drohte mit Spaltung der Partei! Ja, die Angehörigen der erwähnten Fraktion gingen noch weiter: sie beschlossen, sich an der Maifeier der Partei nur unter der Bedingung zu beteiligen, daß ihnen die bindende Erklärung werde, daß die Entscheidung der Exekutive über die Einsetzung der vom Kongreß gewählten Parteiexekutive nicht durchgeführt werde. Die Bezirke, wo die Angehörigen dieser Fraktion die Mehrheit hatten, trafen alle Vorbereitungen zu selbständigen Maifeiern in den Bezirken. Das ist allerdings etwas, was nach meiner Meinung in der Kommunistischen Partei nicht geduldet werden kann. Es kann ein solches Vorgehen auch nicht im Rahmen der Kommunistischen Internationale geduldet werden. Das ist politische Erpressung gröbster Art, eine Erpressung im Rahmen der eigenen Partei und der Kommunistischen Internationale. Auf ein solches Vorgehen ist nur eine Antwort möglich: entweder sich der Entscheidung der Partei und der Exekutive unterwerfen oder aus der Partei hinaus!

Aber diese grobe Verletzung der Disziplin hatte nicht ein scharfes Einschreiten des Vertreters der E. K. J. und der Exekutive selbst zur Folge, sondern führte die erwähnte Fraktion um einen beträchtlichen Schritt mehr zu ihren Fraktionszielen: zur vollständigen Beherrschung der Partei. Unter ihrem Druck, der in einer systematischen Störung der Disziplin gipfelte, derentwegen in jeder anderen Kommunistischen Partei die schärfsten Vorkehrungen getan würden, die sich je nach Schwere des Delikts und der persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ausschließung aus der Partei steigern [illegible] möglich.

Beschluß der Exekutive auf Einsetzung der vom Kongreß gewählten Exekutive abgeändert, die vom Kongreß gewählte Exekutive ihrer Funktionen enthoben und eine neue Zentrale ernannt, in der die Fraktion, deren führende Leute sich dieser gröbsten Disziplinbrüche gegenüber der Partei und der Internationale schuldig gemacht hatten, die absolute Mehrheit der Vertretung erhielt. Der Fraktionszweck wurde hier durch nichtkommunistische Mittel geheiligt. Aber er führte zu den Fraktionszielen.

Es ist begreiflich, daß der Kampf zwischen den Fraktionen durch dieses Vorgehen nur verschärft werden wird, daß die innere Krise der Partei noch mehr gesteigert wird, daß die Partei und die Komintern noch mehr an Autorität und Gewicht nicht nur bei den Angehörigen der Fraktion verlieren werden, sondern auch bei jenen, die das Interesse der Partei und der Komintern bisher über das Interesse der Fraktionen stellten und stellen. Dadurch sind die Perspektiven der Entwicklung der kommunistischen Partei Oesterreichs weit schlechter geworden als sie vor einem halben Jahre waren als sie vor dem unglücklichen Eingreifen der Vertreter der Exekutive waren, das gewiß auf der Unkenntnis der Verhältnisse und auf verschiedenen Umständen beruhte, aber das sicherlich nicht die Intention der Kommunistischen Internationale und ihrer Exekutive war und ist. Die Krise, die zwar schon einen notorischen Charakter hatte, die aber noch vor wenigen Monaten ohne Katastrophe für die Sektion der Kommunistischen Internationale Oesterreichs beigelegt werden konnte, ist in ein Stadium gelangt, das für die Partei der Rand eines Abgrundes ist. Heute geht es tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Sektion der Kommunistischen Internationale in Oesterreich.

A n t r a g

In Anbetracht der Erfolge der Kommunistischen Partei Deutschlands, die die Augen der österreichischen Arbeiter auf die Ereignisse in Deutschlan lenken, in Anbetracht dessen, dass die Ereignisse in Deutschland für die Kommunistische Partei ~~xxxxxx~~ Oesterreich selbst einen Aktuvposten für ihre eigene Politik bei geeigneter Ausnützung darstellen kann, beschliesst der PV :

1.)Es wird sofort eine grosse, zentrale Versammlung der KPOe Wien womöglich auch in den wichtigsten Provinzorten einberufen, zu der eine grosse Propaganda in den Lokalorganisationen entfaltet werden soll und für die Redner der deutschen Kommunistischen Partei eingeladen werden müssten .

2)Es genügt nicht, blos in den Ortsgruppen Referate zu halten, sondern es müssen auch in den Bezirken vor der zentralen Versammlung oder mehrere Bezirke zusammen müssen Versammlungen einberufen.

Hiezu leisten sie Vorarbeit in den Betrieben, in grösseren Betrieben we werden auch Betriebsversammlungen abgehalten mit dieser aktuellen Tagesordnung, um damit mit der bisher vernachlässigten politischen Propagandaarbeit in den Betrieben beginnen zu können.

3)Finanzielle Schwierigkeiten dürfen kein Findernis sein. Für die zentrale Kundgebung ~~xxxxxx~~ gibt der Parteivorstand die Zettel u.ev. Plackate heraus, für die bezirks (ort)weisen Versammlungen die Bezirke. Die Referente aus Deutschland sollen von der KP Deutschlands bezahlt werden. Das Das Sekretariat wendet sich eilbrieflich an die deutsche KP.

Nürnberg, 3. April 1924.

Lieber Franz!

Ich benütze die freie Zeit zwischen zwei Vorlesungen, um auf den Empfang deines letzten Briefes vom 12. III. zu bestätigen und die in aller Kürze zu antworten.

Es war mir äußerordentlich interessant, so genau informiert zu werden. Daß ich so gelegentlich von anderer Seite über die Verhältnisse bei Euch und die Vorgänge auf dem Parteitage höre, (es war nur sehr wenig) bestätigt mir, was von deinen Mitteilungen, mit manchem stimmt es allerdings nicht ganz überein.

Dein Brief enthält zu zum allergrößten Teil eine Feststellung von Tatsachen oder wenigstens Behauptungen. Daß aber deine Stellungnahme zu diesen Tatsachen betrifft, so kann ich in der, wie mir scheint, wichtigsten Frage mit dir nicht übereinstimmen, und zwar in der Beurteilung des Fraktions-Kampfes. Ich entnehme aus deinem Briefe wieder, daß dieser Kampf schärfere Formen angenommen hat als je zuvor, daß er sich immer tiefer in die Massen hineinfrißt und sie immer mehr zerreißt. Ich sehe diese auch, wenn du sagst, daß dieser Kampf das Symptom einer Krankheit ist und daß die Kur in erster Linie darauf gerichtet sein muß, die tieferen Ursachen zu beseitigen, aber beides löst sich

nicht von einander kommen, und so lange der [illegible] besteht, kann die Partei nicht gesunden. Es nützt nichts, wenn sich die Anhänger meiner Partei darauf berufen, daß diese Trennung notwendig sei, um die Wurzel des Übels zu beseitigen, denn diese Notwendigkeit, selbst wenn sie ein geeignetes Mittel zum Zweck sein sollte, den Parteien. Nicht nur ein große sozialistische Partei wie in Rußland, auch eine Klein einzelne überzeugungstreue entschlossene Gruppe vermag gegenüberstehende wie in Österreich kann sich den Luxus einer [illegible] Trennung nicht leisten. Deshalb müssen meiner bestimmt auch die Partei und die E. gleichzeitig für Ihre Festigung der [illegible] Parteifähigkeit in der Partei und auch für die einheitliche Niederhaltung der [illegible] Trennung sorgen, das scheint mir nicht so ganz übersichtlich zu sein, weil doch der beste Teil der Mitgliedschaft mit beiden Gruppen und Unterströmungen wird. Ob N. diese Aufgabe in richtiger und besonders geschickter Weise angegangen hat, ist eine andere Frage, für deren sichere Beantwortung mir ausreichende Grundlagen fehlen. Das Ergebnis scheint jedenfalls nicht dafür zu sprechen.
Mein Standpunkt bezüglich einer Einheit auf Wien hat sich in keiner Weise geändert.

Mit freundlichsten Grüßen an Dich, Deine Frau und Mitgliedschaft schon angekommenen Nachwuchs

Herzl an alle Bekannten

Victor

Resolution der Genossen der Localorg. Meidling zur Umstellung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen.

I

Die am 31. März 1924 im Cafe Renaissance tagende Konferenz begrüsst den Beschluss der Komintern die Organisation der Kom. Parteien auf Grundlage der Betriebszellen umzubauen.

Die Konferenz hält jedoch den Beschluss des Polit. Büros diese organisatorische Umstellung sofort und in forcierten Tempo durchzuführen, im strikten Widerspruch zu dem alten Beschluss der Kommintern sic. t.

Nur für Deutschland hat die Komintern ausdrücklich die Durchführung innerhalb 8 Wochen angeordnet. Allen anderen Parteien jedoch hat die Komintern grösseren Spielraum gelassen und sie beauftragt, die Umstellung durch eine gründliche Diskussion vorzubereiten, und so durchzuführen, dass das Gefüge der Partei keinen Schaden erleidet. Die sofortige organis. Umstellung wäre bei dem jetzigen Zustande der Partei eine schwere Erschütterung des Parteigefüges.

Für Deutschland war die rasche Umstellung eine zwingende Notwendigkeit in Folge der Illegalität. Aber selbst für Deutschland gab die Komintern einen Spielraum von 8 Wochen. In Oesterreich aber, wo von einer Illegalität keine Rede ist, will das gelten für die organisat. Umstellung in 6 Wochen durchgeführt sein. Aber auch die Umstellung innerhalb 8 Wochen wird vorbereitet und kann nur durchgeführt werden, wenn bis

weil die Mitgliedschaft der K. P. Ö. darauf sorgfältig vorbereitet werde durch eine mehrmonatliche Diskussion in Österreich aber sind von der Parteipresse bis heute nicht einmal die beiden grundlegenden Resolutionen der Komintern veröffentlicht worden über die Betriebszellen und ihre Durchführung.

Die organisatorische Umstellung darf nicht mechanisch sondern sie muß im Prozeß der Arbeit durchgeführt werden. Das heißt, es müssen die Betriebsfraktionen durch und in der Arbeit gefestigt werden und in selben Maße als dies geschieht kann und darf das Schwergewicht der Partei auf die Betriebszellen verlegt werden. Und nicht früher darf die bisherige bestehende Organisation aufgegeben werden, bevor nicht im Prozeß der Arbeit die Betriebszellen so gefestigt dastehen daß sie einen tragfähigen Pfeiler für das organisatorische (~~Gerüst~~) Gerüst der Partei abgeben können.

II.

Nur in folgender Weise kann die Parteiorganisation ohne daß die Partei geschädigt wird auf Grundlage der Betriebszellen umgestaltet werden: 1.) Sofortige Veröffentlichung der beiden grundlegenden Beschlüsse der Komintern über die Betriebszellen und über die Durchführung der organisatorischen Umstellung. Sofortige Eröffnung der Diskussion in der Parteipresse um den Mitgliedern die Beschlüsse der Komintern im Detail verständlich zu machen.

2.) Diese Diskussion muß um die Umstellung zu erleichtern auch geführt werden innerhalb der Parteiorganisationen und zwar in den Mitgliederversammlungen, Bezirksvertrauensmännerkonferenzen in den Bezirksvertrauensmännerkonferenzen und im Wiener Maßstab auch in der Wiener Vertrauens-männerkonferenz und am Wiener Landesparteitag. Es ist dringend notwendig daß bei diesen Diskussionen die Parteifunktionäre auf der Schulter ein Großteil der Parteiarbeit nicht die Lokalausschüsse die Sprengel und Gruppenleiter ausgeschaltet werden wie es bisher planmäßig geschehen ist.

3.) Zeitgerecht ist ein der neuen Organisationsform entsprechendes Statut zu veröffentlichen.

4.) Die Diskussion ist auf einem Parteitag abzuschließen, der für Pfingsten einzuberufen ist und das der neuen Organisationsform entsprechende Statut zu beschließen hat.

5.) Mit der Durchführung der Umstellung auf die neue Organisationsform ist sofort nach dem Parteitag zu beginnen unter Leitung des neu gewählten vom Vertrauen der Mehrheit getragenen Partei verstanden.

6.) Es ist unbedingt notwendig, dass alle Parteimitglieder die volle Gewähr haben, dass der Parteitag nicht fraktionell sondern voll korrekt ehrlich vorbereitet wird. Dazu müssen bei den jetzigen Verhältnissen ~~absolut gewährleistet sein~~ in der Partei folgende Garantien verwirklicht werden.

a.) Die führende der Partei bis zum Parteitag über eine vom letzten Parteitag gewählte Parteivorstand. So lange der Gen. Deubler an der Ausübung seiner Parteivorstandsfunktion verhindert, übt an seiner Stelle Gen. Schönfelder die Funktion aus.

b.) Der Parteitag wird auf Grundlage des geltenden Statuts das von der Komintern sanktioniert werde einberufen und abgehalten.

III.

1.) Die Konferenz missbilligt dass die Wiener Vertrauensmännerkörperschaft bisher nicht einberufen worden und auf diese Weise der Versuch gemacht wurde, einen Grossteil der Vertrauensmänner der Partei, d.i. die Gruppen und Sprengleiter und Lokalausschüsse von der Diskussion und Mitarbeiter bewusst auszuschalten.

2.) Die Konferenz verlangt die sofortige Veröffentlichung der beiden grundlegenden Beschlüsse der Komintern über die Umstellung ~~der Partei~~ ferner a einberufung der Wiener Vertrauensmännerkonferenz für Samstag den 5 April mit der Tagesordnung: Die Umstellung der Organisation auf die Betriebszellen weiters die Einberufung des fälligen ordentlichen Wiener Landesparteitages für Ostern der sich ebenfalls mit dieser Frage befassen sollend schliesslich die Einberufung des ausserordentlichen Parteitages für Pfingsten wobei die oben genannten Garantien für die ehrliche Vorbereitung des Parteitages in kürzester Zeit zu verwirklichen sind.

3.) Durch die gründliche Aussprache auf der Wiener Vertrauensmänner Konferenz und dem Wiener Landesparteitag, auf diesen vom Parteivorgesehenen im Wiener Maßstab höchsten Parteiinstanzen wird die geregelte Durchführung der organisatorischen Umstellung in Wien.—

Wo die Umstellung sehr viel komplizierte Fragen zu lösen hat, — im Sinne der Beschlüsse der Komintern beschleunigt werden.

4.) Die Konferenz hält es für unbedingt notwendig, um die Klärung in der Partei über organisatorische Umstellung einzuleiten, dass die Resolution veröffentlicht werde.

Parteitag VI 1924

Oesterreich. Wien am 23.März 1924

An das Exekutivkomitee der Komintern

Moskau

- - - - -

Werte Genossen !

Ich habe fast 2 Wochen nach Ablauf des Parteitages gezögert einen Bericht über die Situation in der Partei an das E.K.K.I. zu senden, um so mehr als ich der Verfügung des Gen. Bauerath nicht wiedersprechen wollte, der unter Androhung des Ausschlusses sowohl den abgesetzten am Parteitag rechtmässig gewählten P.V. - Mitgliedern, als auch der Jugendorganisation verbot, an die Kommintern Berichte abzuschicken. Die letzten Ereignisse jedoch, machen es zu einer zwingenden Notwendigkeit, auch über die Lage auch vom Standpunkt der Kehrheit des Parteitages zu informieren. Eine Kopie dieses Berichtes übergebe ich dem vom Gen. Bauerath eingesetzten Direktorium.

1. Die Entwicklung der verschiedenen Gruppierungen in der Partei.

Die österr. Parteibewegung kennt im Grunde genommen 4 Richtungen vom Zeitpunkt ihrer Gründung an bis zum heutigen Tag gerechnet. In Namen ausgedrückt sind diese Richtungen gekennzeichnet durch die Genossen Strasser, Koritschoner, Tomann und Frey.

Die Richtung Strasser vertrat den rechtesten Flügel in der österr. Partei. Auf dem V. Parteitag wurden ihre Exponenten politisch erledigt und haben seither in der Partei nicht nur keinen Einfluß gewonnen, sondern sich von der Arbeit vollständig zurückgezogen. Die Versuche vor dem jetzigen Parteitag, den Gen. Strasser als Chefredakteur und politischen Leiter der K.P.Ö. zu kandidieren, sind von den Initiatoren Preusch, Neurath am Parteitag selbst aufgegeben worden, so Feindseligkeit ist die Abneigung der Parteimehrheit gegen den Genossen Strasser, nicht bloss einer bekannten politischen Haltung wegen, sondern wegen seiner sprichwörtlichen Passivität, die ihn bei den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen im P.V. fast kein Wort sprechen liess und die Vernachlässigung der K.P. herbeiführte.

Die Richtung Koritschoner, die gekennzeichnet ist, durch die Ereignisse des Pfingstsonntag und 15. Juni, durch seine ablehnende Haltung der Einheitsfrontpolitik und Taktik der Arbeiterregierung gegenüber, des Missbrauchs der illegalen Organisation, durch den insgeheimen Versuch der Schaffung von Stosstrupps und Organisierung von Sabotageakten, durch die Koalitierung mit den äussersten Rechten, politischen Extremisten Demagogen hat ebenfalls vollständig abgewirtschaftet. In der Partei ist der Name Koritschoner vollständig in Vergessenheit geraten. Auch die Trotzkisten hatten ihm Sympathien nicht wiedergewinnen können. Seine Funktionäre, hauptsächlich Intellektuelle, sind vollständig passiv und seit Monaten aus den Organisationen verschwunden. Die Arbeiterelemente sind zur Freyrichtung übergegangen oder verharren skeptisch, sich irgendwie neutral zu verhalten. Insbesondere hat Koritschoner, neben den politischen Niederlagen und Oberflächlichkeiten des letzten Jahres die sogenannte Freyrichtung nie verzeihen können, dass er um seine politischen Ziele zu erreichen, sich mit den korrupten Elementen zusammenschloss, die er bis vor kurzem noch bis aufs Blut bekämpfte. Die Tomannrichtung vergisst Koritschoner um so leichter, als er ihr nur zur moralischen Deckung ihrer unerhörten Praktiken diente, die Vergangenheit Koritschoners konnte ihn vor dem vernichtenden Urteil der gesamten Partei nicht retten.

In der Tomannrichtung vereinigt sich politische Demagogie und Feigheit mit politischer und materieller Korruption. Es ist bezeichnend, dass Tomann seit seinem Eintritt in die Partei es fertiggebracht hat, alle geistig führenden Kräfte auszuschalten oder ihre Zusammenarbeit un-

möglich zu machen(Elfr.Friedländer,Frank,Gerh.Eisler,Fleischer u.a.).Die Entwicklung der Funktionäre wurde dadurch gehemmt,dass oft gute Elemente politisch und materiell von ihm korrumpiert wurden (Tober, Forst) oder auf das Niveau demagogischer Flachheit auf dem er sich befand,herabgedrückt wurden(Pollak,Kotzlik,Riehs,Fiala etc. etc.)Man braucht nur die Losungen und Stichworte,unter denen diese Richtung im Parteistreit wirkte zu hören, und man kann beurteilen,wie hoch ihr geistiger Führer stehen muss,wenn er dies zuliess und förderte.Die Wahlniederlage , herbeigeführt durch die fehlerhafte Wahltaktik und durch den untaktischen Wahlkampf selbst hat die Tommanfraktion in alle Winde zerstreut.In allen Wiener Bezirken mit Ausnahme von X und XVI,in Oberösterreich,in einem Teil von Niederösterreich und Steiermark haben die tommannitischen Funktionäre jeden Anhang verloren.Selbst im XVI. Bezirk wurde die vom tommannitischen Ausschuss eingereichte Liste der Delegierten zum Parteitag von der Mitgliederversammlung abgelehnt und eine andere ,die im Parteistreit weniger exponiert war,gewählt.Das zeigt,dass trotz der ungünstigen Einflussnahme der Komintervertreter im österr. Parteistreit die Fraktion politischer und moralischer Perfidie den Boden unter den Füssen endgültig verloren hat.Am Parteitag hat die Mehrheit 19 Stimmen, die Tommanrichtung 12 - 13 Stimmen(die neutralen 5 - 6 Stimmen)was bei den Abstimmungen zu den Vorschlägen für die Kommissionen klar hervortrat.

Die Freyrichtung charakterisierte sich im politischen Aufstieg der Partei bis zur Genfer Aktion,in der Sammlung der geistigen Kräfte,in der Entwicklung der Parteifunktionäre bis zum VI.Parteitag.Im und nach dem VI.Parteitag zwang die Tommanfraktion,die sich organsiert hatte und das Verhalten des Komintervertreters,der die Einhaltung der vor dem VI. Parteitag getroffenen Vereinbarungen nicht erzwang,die sogenannte Freyrichtung sich energisch zur Wehr zu setzen und sich ebenfalls zu einer Fraktion zusammenzuschliessen.Die Wahl der bisherigen prov. Parteikomitees durch die auf dem VI. Parteitag von Tommann fraktionell zusammengesetzte Reichsvertretung hatte trotz der verrichteten Arbeit der Parteimajorität unter Zustimmung des Komintervertreters sowohl den Parteiapparat als auch die Parteiführung im ganzen und grossen in der Händen der Tommannfraktion belassen.Dennoch gelang es nach der Liquidierung der Fraktion den ehemaligen Genossen der ehemaligen Freyrichtung in Wien mit 11 : 9 Stimmen die Majorität zu bekommen.Die Genossen dieser Richtung haben grosse Opfer an Selbstüberwindung geleistet.In Oberösterreich brachte man die Organisation von 900 auf 200 Mitglieder herunter,suspendierte der besten Genossen,intriguierte gegen Gen. Deubler,verbreitete Lügen über die Haltung der oberösterreichischen Genossen im Wahlkampf.Kein einziger Genosse trat zu den Sozialdemokraten über,während in den tommanitischen Provinzgruppen im Wiener Neustädter Gebiet die Gruppe Wimpassing vollständig,Pernitz zum übergrossen Teil und auch ein Teil von Neunkirchen in die S.r. als Resultat der Wahlakrobatik in die s.r. übertrat.

2. Die Vorbereitungen zum 7. Parteitag.

Die Komminternvertreter hatten die organisatorischen Vorbereitungen nicht beaufsichtigt,nicht einmal die Anzahl der Delegierten der einzelnen Länder wurden vorher im P.V. beschlossen.Beim Wahlgang waren die Komminternvertreter nicht anwesend,so dass im X. Bezirk,Delegierte zur Durchstreichung der Wahlzettel des Gen. Tommann gewählt wurden, im XIII. Bezirk mit 45 Stimmen Majorität(39 : 35) an Stelle Parität 2 Exponente der Tommanrichtung gewählt wurden.Im 17. Bezirk die gegen Tommann eingestellte čechische Gruppe obzwar sie die Majorität ist,absichtlich von der Wahl nicht verständigt wurde,im XIX. Bezirk,nach dem 21 : 20 Stimmen für einen neutralen Delegierten waren mit 19 : 18 Stimmen ein Exponent der Tommanrichtung gewählt wurde. Wien entsandte auf 6500 Mitglieder 30 Delegierte, Niederösterreich auf ca 1000 Mitglieder 8 Delegierte.Die politischen Thesen der Gen. Maurer mussten dreimal ,die wirtschaftlichen Thesen auch dreimal nahezu vollkommen umgestaltet werden.Die organisatorischen Thesen konnten durch Nichtzustandekommen der Sitzung überhaupt nicht vorgelegt werden.Gen. Marosch

legte einige Stunden vor dem Parteitag als Referent bestimmt, seine persönlichen Ansichten dem Parteitag vor. Die Vorschläge des Parteikomitees für das Präsidium und die Komissionen und für den P.V. wiesen eine torpanitische Mehrheit auf. Es ist bezeichnend, dass die Tomannfraktion auf 4 Stimmen Majorität rechnete. Es ist unverständlich, wie o Gen. Neurath rein mechanisch auf ein System des Gleichgewichts der Fraktionen hinarbeiten konnte und sich dabei auf die Komintern berufen kann. Das muss auf der einen Seite zu unverdienter Bevorzugung, auf der Seite der Majorität zu verletzender und schädlicher Verkürzung führen. Es wurden die auf Grund der prinzipiellen Beschlüsse des VI. Parteitags ausgeschlossenen Genossen Thalheimer und Fürst, weiter in der Partei belassen. Bei der Parteimitgliedschaft herrschte durchaus nicht der Eindruck der politischen und gewerkschaftlichen Niederlage der Partei, fanden doch während der 6 Monate zwischen den vorbereitenden Sitzungen zur P.T. wenn viel so 2 – 3 politische Sitzungen xxxx des P.V. statt.

Ausserdem hatte Gen. Neurath von vornherein kein genügendes Vertrauen bei einem Grossteil der Partei, da seine einseitige Stellungnahme in der Oktoberkrise, seine Ansicht zur Wahltaktik, seine Vorschläge zur Besetzung des Polbüros in dem Brief an die K.P.Ca., über einer Revision der erweiterten E.K.-Beschlüsse gleichkam zur Genüge bekannt. Ausserdem war das Verhalten der Gen. Neurath in der Konsequenz taktisch und psychologisch durchaus nicht einwandfrei. Den Ausschluss Freys im Falle seiner Rückkehr androhen und den Aufenthalt Tomanns kurz nachher 6 Wochen in Oesterreich zu gestatten, das Zurückweichen von getroffenen Entscheidungen brachte ihm und das Vertrauen zu seiner taktischen Entscheidungskraft. Auch die Behandlung der Streitigkeiten in lokalem Massstab war nicht immer einwandfrei, so dass das Vertrauen, das schon sehr erschüttert war, bei der Partei während dieser Zeit politisch und gewerkschaftlich voll [illegible] brauchte, brauchte den Gen. Neurath die Fassade, dass er auf der Linie der Komintern stehe, der zur Mehrheit aus loyalen bestehen sollte. Wenn K[illegible]vertreter ihre Zeit nützen in die Bezirke [illegible] so [illegible] sie als Kominternvertreter [illegible] Objekt [illegible] vor [illegible].

[illegible] konnte sich nicht genügend verständigen, um [illegible] die Entscheidungen des Gen. Neurath. Es muss jedoch bemerkt werden, dass er sich bis zum Parteitag im allgemeinen konsequent verhielt und manchmal in kleineren Fragen auch den Gen. Neurath entgegentrat. Wenn jedoch Gen. Max den Gen. Neurath auf die Liste des P.V. brachte, wenn er dem Gen. Remmele, erstens weiter eine Stelle als Sekretär und in Bildung ausschuss nach dem Parteitag innehaben, so musste das nur zur Erbitterung beitragen und kein Verständnis, dass er in Moskau nicht wusste, welche Aufgaben er in Oesterreich zu bewältigen haben werde, und dass er kein Politiker sei, konnte sicherlich nicht das Vertrauen zu den Entscheidungen der Kominternvertreter während des Parteitages heben.

3. Der Parteitag.

Die Majorität des Parteitages, ausgedrückt in den Abstimmungen zu den Vorschlägen in die einzelnen Komissionen 19:15:6 mit einigen gelegentlichen Variationen hat mit der ehemaligen Freyfraktion nichts zu tun, ausser dass in Jonsdorf die ehemaligen Vertreter der Freyfraktion erschienen. Aber ebenso waren auf der Seite der Minorität Genossen, die persönlich für Gen. Frey eingetreten waren (Inzersdorf), während auf der Seite der Majorität einige Genossen aus der Provinz stimmten. Die meisten Delegierten der Majorität gehörten mit gebundener Marschroute, alle aber auf Grund folgender einhelliger Willenskundgebungen: gegen die Wiederwahl und Wiederkehr der Exponenten, gegen die falsche Wahltaktik, gegen die Korruptionisten, für die Umstellung auf Betrieb, gegen reiflose Diskussion und Verschleppung, für die Selbstfinanzierung, für einen arbeitsfähigen P.V. mit knapper Majorität, Ergänzung des P.V. auf 14 Mitglieder, darunter 4 Vertreter ausser Provinz mit der speziellen Aufgabe der besonderen Tätigkeit in den 4 stärksten Landesorganisationen, für positive Aufbauarbeit,

für konkrete und aktive Stellungnahme der Partei und eine verschleierte Linie unter Hervorhebung aller Fehler nach dem Parteitag. Ferner wurde das Verhalten der Komintern-vertreter in der Parteikrise am VI. Parteitag nach der Wahlniederlage und am Parteitag kritisiert, da der 6. Parteitag die Fraktionen schuf und das Bestehen der Fraktionen letzten Endes zurückzuführen auf das geschwundene Vertrauen zu den Vertretern der Komintern. Jedoch trat dieses Misstrauens die Majorität letzten Endes für die Vorschläge der Komintern-vertreter auf einen paritätischen P.V. ein, obzwar dies im Brief der Komintern nicht verlangt wird. Es muss unterschieden werden zwischen der Kritik am Verhalten der Komintern-vertreter und der strikten Durchführung der Weisungen der Komintern.

Die Tomann-Fraktion alliierte sich am Parteitag mit Ewer, der im 10. Bezirk mit der Parole der evt. Widerwahl des Gen. Tomann gewählt worden war, und dessen moralische Qualität bekannt ist. Das Verhalten dieser Fraktion am Parteitag und sonst, kann gekennzeichnet werden mit folgendem: Nur die Rückkunft Tomanns, zweimaliger Versuch die Komintern durch die Rückkunft Tomanns zu übertölpeln, um sie vor vollzogene Tatsachen zu stellen, Solidarisierung mit der Desertion des Gen. Tomann aus Deutschland und der Rückkunft aus der Tschechoslowakei, gegen den Ausschluss von Ewer und Forat, mechanisch-disziplinäre Verurteilung der Wahlniederlage, Deckung aller organisatorischen, gewerkschaftlichen und politischen Praktiken des alten P.V., Nennen nach Köpfung der besten Parteifunktionäre (Schubler, Bonazer usw.), Unterstützung der Internationale, da sie in der Minorität sind und Desavouierung und Hinwegsetzung über sie im Falle der Majorität (VI. Parteitag), Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den in Langenbielau-Sitzungen am Parteitag vereinbarten P.V.

Die Mehrheit am Parteitag musste für die Tomann-Fraktion irgendwie überraschend gekommen sein. Daher das Spalten der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Sie war objektiv gegen die Majorität und daher auch subjektiv einseitig.

Es war falsch, den Bericht der Revisionskommission und seine Abstimmung bis ans Ende des Parteitages zu verhindern, denn es galt nicht, einen neuen P.V. zu wählen, sondern sich über vorgekommene Entgleisungen einzelner Funktionäre abzugrenzen. Wenn Gen. Neurath vom Parteitag erklärte, dass er vor dem Parteitag den Vertretern beider Richtungen gesagt habe, es komme auf 4 oder 5 Stimmen mehr oder weniger nicht an, so bewegte sich seine Argumentation hier in einem argen Widerspruch. Gen. Neurath setzte voraus, dass selbst bei einer Majorität von 4 - 5 Stimmen ein paritätischer P.V. hätte gebildet werden müssen. Es ist unerfindlich, warum er hier seine Stellung änderte.

Es war falsch, am Parteitag neuerdings das Gespenst der Fraktionen an die Wand zu malen. Das führte dazu, dass eine Gruppe von 6 Genossen und die tschechischen Genossen aufs äusserste erbittert wurden. Es ist wahr, dass die Majorität auf dem Parteitag eine überzeugte Gruppe, die eine politische und taktische Basis hatte, bestand, die aber auf die Person eines Führers strikte Verzicht leistete. Schliesslich kann niemand die Tatsache bestreiten, dass die Parteimitglieder fraktionelle Stellungnahme ablehnen. Den besten Beweis lieferte die Wahl der Delegierten im 10. Bezirk. Gleichviel aber das Verhalten des Gen. Neurath drückte jedem den Stempel des Fraktionisten auf die stimm und legalisierte gerade damit den Versuch des paritätischen P.V. die Fraktionen aufs neue, unter Zurückstellung der tatsächlich vorhandenen politischen und taktischen Differenzen. Gen. Neurath vertrat nach der Meinung der Majorität am Parteitag nicht den Standpunkt der Komintern, wenn er mechanisch auf ein System der Aufrechterhaltung der Gleichgewichte hinarbeitete, denn man kann nicht zwischen gut und schlecht ohne das eine noch das andere zu unterscheiden Parität herstellen und ausserdem den Parteiapparat in den Händen der Parteiminorität belassen. Es kann der Wille der P.I. nur gewesen sein, die Auswahl der Geeignetsten und Besten und derjenigen, die sich uneingeschränkt auf den Standpunkt der Komintern gestellt hatten, auszuwählen und nicht darauf an, auf den Kern der sachlichen Differenzen zu kommen. Statt auf

Grund einer ideologischen Klarstellung der Differenzen, der klaren Herausarbeitung der Differenzen, kann es ein Zusammenarbeiten geben. Noch nirgends in der Geschichte der Parteibewegungen hat sich der Fall ereignet, dass deswegen weil im Verlaufe eines Parteistreits Fraktionen entstehen, man beide in dasselbe Prokustesbett einspannt. Dass es kein Streit um Personen sein kann, erhellt aus dem Verhalten der Majorität, dass die Fraktionskämpfe so zäh und ausdauernd sein konnten, hat folgende Ursachen: Die politische Bewegung in Oesterreich stagniert und lässt daher das politische Bewusstsein der Parteimitgliedschaft äusserst labil. Der Kampf ist deswegen so heftig, weil es jetzt endlich unter unerhörtem Kraftaufwand, trotz aller Behinderung, den gesunden Elementen in der Partei gelungen ist, die Tradition Tomanns, die der Komintern ja kein Geheimnis ist, zu brechen. Hiezu kommt noch, dass durch den Entschluss der Komintern nach dem Fallaugang wohl die Exponenten, enthoben, aber die klarheitschaffende Auseinandersetzung und die Konsequenz aus dem einen Jahr vollständiger politischer Indolenz, brutaler Vergewaltigung und der verderblichen Wahltaktik und verderblichen Wahlniederlage, die auf einer Ueberschätzung der österreichischen Parteikräfte durch die Komintern und durch den Disziplinbruch der Gen. Koritschoner bei der erweiterten E.K.E.I., der nicht den Beschluss der Mehrheit der Partei, sondern seinen persönlichen Standpunkt vertrat, zurückzuführen ist, gezogen wurde. Auf die einfachste Formel gebracht ist das Verlangen der Mehrheit der Partei nach einer konsequenten konkreten, positiven Politik und Führung gerichtet, weil die Wohlorganisiertheit der S.P. und die geistige Führung der 2½. in Oesterreich eine besonders klare Linie in Oesterreich erfordert. Daher das beharrliche, unausgesetzte Verlangen und die sorgfältige Auswahl der politischen Kräfte. Die politische Lage in Oesterreich hat sich durch die Stabilisierungsperiode besonders erschwert und schafft nicht nur objektiv das Gefühl der Unzufriedenheit mit der Stagnation der K.P.Oe. sondern subjektiv auch das Verlangen nach einer ehrlichen, vernünftigen und konsequenten Leitung, und mindestens die Diskussion und Entscheidung über die unbestreitbaren Fehler der vergangenen Periode. Es ist unmöglich, gerade der K.P.Oe. diese Konsequenz ersparen zu wollen.

Genosse Neurath übertrat auch die Kompetenz seiner Funktion, indem er Veto gegen einzelne Personen anwandte (Deubler), obzwar der Parteitag bei dreimaliger und namentlicher Abstimmung das Vertrauen diesem Genossen aussprach. Er übertrat die Kompetenz indem er für einen paritätischen P.V. eintrat, der nicht den im Brief der E.K. enthaltenen Anforderungen entsprach und weder am Parteitag noch durch sein weiteres wirken diesen Anforderungen gerecht werden könnte. Gen. Max überschritt seine Kompetenz indem er Gen. Neurath auf die Liste des P.V. vorschlug, was sicherlich nicht den Direktiven der Komintern entsprach.

Es war untaktisch, unklug und unrichtig, den Parteitag nach der einstimmigen Wahl des neuen P.V. trotz der Stimmenthaltungen eines Teiles der Tomanfraktion zu schliessen, ohne über die politische Resolution, die Resolution zur Korruption und zu den nächsten Aufgaben der K.P.Oe. über die prinzipielle Umstellung auf die Betriebszellenorganisation, über die Aenderungen des Parteistatuts in der Frage der Erweiterung der Wiener Landesleitung von 4 auf 9 Mitglieder, über die Zulässigkeit der Einschiebung neuer Zwischeninstanzen in den Aufbau der Partei, die Bezirksorganisation abstimmen zu lassen. So verlief der Parteitag ohne politisches und organisatorisches Resultat.

Das eine Resultat, dass die Parteimajorität selbst für die Vorschläge der K.I.-Vertreter eintrat und stimmte, zu denen sie kein Vertrauen hatte und dass die Tomanfraktion, die sonst so heiss für den Parität-P.V. eintrat, dann die K.I. im Stiche liess, weil sie an dem Widerstand der Parteitagsmehrheit immer Vorteil oder Nichtvorteil für ihre Fraktion zu ermessen können glaubten, das eine Resultat hätte die Oesterr. Partei billiger haben können. Das ganze Verhalten der Parteitagsmehrheit hätte die beste Garantie schon gegeben durch ihr Verhalten vor dem Parteitag.

4. Nach dem Parteitag.

Die Massnahmen des Gen. Neurath nach dem Parteitag sind jedoch derartige, dass selbst der unberührteste Genosse an der Objektivität ~~und sich~~ *sich nachgerade verzweifeln muss.*

Der einstimmig gewählte P.V., *das Resultat der Bemühungen des* Gen. Neurath von 2 Fragen wird am Tage nach dem Parteitag aufgelöst, und von den Komminternvertretern ein Direktorium von 4 Genossen eingesetzt, das nicht einmal der Parteimitgliedschaft bekanntgegeben wird. Bei der Sitzung erklärt Gen. N., dass nur noch Gen. Viola das Wort hat, wer dem Beschluss der Komminternvertreter widerspreche, oder gegen sie stimme werde ausgeschlossen. Dann wird die Sitzung geschlossen. Jedes Komentar zu einer solchen Behandlung und Form der Frage ist überflüssig.

Ferner wird als erster Genosse Deubler ausgeschlossen. Die Begründung wurde vom Gen. Neurath dreimal modifiziert. Zuerst lautete die Begründung, wegen seiner Erklärungen am Parteitag, als diese keinen stichhältigen Grund zum Ausschluss enthielten hiess es wegen fortgesetzten Fraktionierens, was mit ebenso „triftigen" Gründen belegt wird, dann entscheidende Argument jedoch ist, dass Genosse Neurath feststellt dass eine Diskussion darüber weiter nicht nötig sei, dass er die Verantwortung übernehme und der Komintern den Ausschluss zur Bestätigung oder zur Verwerfung vorlege. Gen. Deubler hat keinen Anlass zum Ausschluss gegeben. Wenn jedoch das was er tat Ausschlussgrund ist, werden hundert andere Funktionäre der Partei und Jugend sich derselben Schuld anklagen und mit derselben Pflicht ihren Ausschluss verlangen. Die Gen. Zober und Forst, deren Handlungen aber schon bewiesen ist sind vorläufig noch immer in der Partei. Aber in diesen Fällen vielleicht auch die Parität herstellen zu wollen wäre ungeheuerlich. Genosse Deubler ist für die Partei über 5 Monate in Haft gewesen, seit dieser Zeit ist er arbeitslos mit Frau und Kindern leidet er furchtbar materielle Nöte, hat trotz dieser Lage die Oberösterreichische Partei ohne einen einzigen Ausschluss dem ehem. Kommandanten hinter sich gebracht, die X Partei von 200 Mitgliedern wieder auf etwa über 600 Mitgliedern zur selben Zeit wo Fiereder derzeit 2000 Mitglieder verlor, auf dem Parteitag erklärt er, dass er die Entscheidung über die Nachtragsfrage seiner Zahl der Komintern überlasse, er relativiert seine Haltung in der Wahlfrage derart dass die Parteimehrheit 20 gegen 19 Stimmen für ihn entscheidet (bei Stimmenthaltungen) und nun schliesst der Genosse Neurath aus. Genossen!

Ich kann im Namen der Parteimehrheit sprechen und im Namen der Wiener Organisation die den Gn. Deubler noch als Reichssekretär kennt, dessen Beschluss ~~erblicken~~ nicht anzuerkennen. Die Oberösterreichische Organisation wurde schon derartig vom alten PV hergenommen, dass eine X neue Kraftprobe nicht um der Person, sondern um des Prinzips Willen nicht mehr aushalten könnte.

Gen. Pax und Neurath u.d. Komminternvertreter haben jedoch nunmehr nichts unterlassen um die Entfernung des Gen. T o m a n n aus Wien zu veranlassen, angeblich weil kein Geld dafür da sei, was wir glauben wollen denn Tomann verursacht der Komintern wirklich viel Ausgaben und hätte da ebenso wie Gen. Frey in Deutschland eine Funktion auffüllen können. Es wäre nichts einzuwenden gegen einen Urlaub den er im Auftrage seiner Organisation hier verbringen könnte, aber sein Gebaren kommt der Desertion vor der Arbeit in Deutschland und Tschechei gleich und wenn ihn die Parteien dort nicht benötigen oder brauchen können, warum unbedingt die KPOe. Sie hat auf fähigere Führer verzichtet, sie kann auch auf Demagogen und Leute verzichten die ihre politische Existenz ihrer Schlüpfrigkeit und unbewiesenen Tatsachen zu verdanken haben.

Das Entscheidendste ist aber eine nunmehr vorbereitete organisatorische Massnahme die geeignet ist die Partei in ein unlösbares Chaos zu stürzen und in tausend Fetzen zu zerfransen. Man will die Durchführung der Umorganisierung der Partei auf die Grundlage der Betriebszellen binnen 8 Wochen, durchgeführt von einem Direktorium das nicht das geringste Vertrauen geniesst. Und zu welchem Zweck ? Zur Vorbereitung eines neuen Parteitages. Will man mechanisch das Kräfteverhältnis verschieben ? Darf man Statutenänderungen in der Zeit grösster Legalität unbeachtet lassen, sich über sie hinwegsetzen. In welcher Partei durfte dies geschehen ?

Ein solches Vorgehen, unter Umgehung der Instanzen der Partei, eine derartige überhastete, einseitige, listige Organisierung, eine Organisierung nicht zum Zweck sondern als Mittel bedeutet eine Diskreditierung des Gedankens überhaupt. Die Mehrheit steht unbedingt auf dem Standpunkt der Umorganisierung. Sie hat diesen Standpunkt niedergelegt in den organisatorischen Thesen. Aber sie verwahrt sich dagegen – sie hat es schon am Parteitag getan – und die Stimmung der Konferenzen wird ihr Recht geben, für Oesterreich eine kürzere Zeit zu bemessen wie für Deutschland, ohne reifliche Diskussion an die Durchführung zu gehen und ohne vorher auf einer breiteren Instanz darüber gesprochen zu haben. Als die Statutenänderung, die von der Komintern angenommen wurde, vorgenommen wurde, musste sie vorgenommen werden auf dem Parteitag der auf Grund des alten Statutes einberufen war. Eine mechanische Majorisierung ist unmöglich. Diejenigen die sich dieses Ziel gesetzt haben würden sehr enttäuscht werden. Denn ebenso wie die Wiener Organisationen jetzt billigerweise die Majorität haben und Steyr Landorganisation wie 12.Bezirk hinter der Majorität stehen, ebenso würde ein richtiger guter Umbau an dem Kräfteverhältnis nichts ändern. Aber wenn es sein könnte, es wäre dennoch unbillig, die alte Mehrheit auf dieser Grundlage zwei Jahre hindurch wirtschaften zu lassen und wenn sie auf die Ersatzbank in die Minderheit gedrängt wird ihr eine neue Injektion zu geben. Das Direktorium wird in der Mitgliedschaft ohne bedeutende Ausnahmen auf entschiedenden Widerstand stossen.

Aber das Verhalten des Genossen Neurath zu dieser Frage muss zu bedenken geben. Er ist für diese übereilte Durchführung eingetreten, denn die Komintern verlangt die sofortige Durchführung im Rundschreiben. Er wundert sich, dass die Genossen damit säumen. Dies ist entschieden unrichtig und entspricht nicht den Direktiven der Komintern die verlangt, dass die Parteien in die sofortige Diskussion eintreten. Grundsätzlich sind keine Differenzen, Differenzen sind lediglich in dem Tempo und dem Zeitpunkt. Bezeichnend ist, dass das Direktorium resp. die betr. Kommission an den Aufbau der Betriebszellen schreiten will ohne einen organischen Rahmen zu bilden und zu geben. Bei dem derzeitigen Zustand der Partei an eine Organisierung zu gehen ohne eine prinzipielle Form klar und eindeutig festzulegen, sondern nur bestimmte über die einzelnen Punkte " noch zu beraten sein wird" kann nur in eine heillose Verwirrung führen. Man denke nur, ob der gewesene PV es hätte wagen dürfen, solche Akrobatenkunststücke aufzuführen?

5. Vorschläge über die nächsten Notwendigkeiten.

Nach Rücksprache mit einzelnen Genossen aus den Bezirken unterbreiten wir als die notwendigen nächsten Massnahmen vor:

1. die Abberufung des Genossen Neureuter als Vertreter der Komintern
2. die Absetzung des Direktoriums, das die statuterischen Bestimmungen nicht einhält und das Parteiverhältnis nicht entspricht; wenn schon ein Direktorium bestehen soll, dann mit einer gerin[illegible] die wenigstens die Arbeitsfähigkeit sichert, mindestens aber die Einberufung des im Parteitages gewählten Parteivorstandes mit Ausnahme derjenigen dieser an der Teilnahme verhindert ist, an dessen Stelle der in en bloc Vorschlag gewählte Ersatzmann. Es besteht nicht der geringste Anlass diesen rechtmässig gewählten Parteivorstand seiner Rechte zu entheben.

3. [illegible] unter Folgen [illegible]): a) paritätische Besetzung des Sekretariats, um dadurch eine gerechte finanzielle Belastung der Bezirke [illegible] besonders Reichsagitationssekretariat für Organisation, Literatur- und Verlagsabteilung, Sekretariat und Redaktion. b) Strengste Einhaltung des Statutes bei der Vorbereitung des Parteitages.

4. Die Umstellung auf die betriebszellenorganisation nach Verständigung der Bezirke und des Kundschaftsdienstes der Komintern [illegible] und nach reiflicher Diskussion in den Organisationen und in der Presse, genaue Statutenänderung und präzise Direktiven [illegible] und einzuhalten.

und die Durchführung der Umorganisierung von einem Vertrauen der grossen Mehrheit der Partei getragenen Parteivorstand in die Wege zu leiten.

Im Anhang legen wir die Resolutionen des Parteiges bei.

Wir ersuchen das EK der Komintern nach reiflicher Prüfung dieser Tatsachen unsere Vorschläge zu akzeptieren, es nicht zuzulassen dass in der Organisation neuerlich mutwillig Differenzen aufgerissen werden die unter Berufung auf die Internationale sanktioniert werden und der ohnehin kranke Körper der Partei auf das schwerste erschüttert zu werden droht, lediglich deswegen, weil eine in die Minorität gedrängte Richtung ausserste Mittel in Anwendung bringen will die die Majorität immer und auch auf dem Parteitag anzuwenden unterliess, obzwar sie die Macht dazu hätte.

Wir erwarten mit Zuversicht die Entscheidungen der Komintern

Mit kommunistischem Gruss

Fournier XII.

SEKRETARIAT
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS

TELEPHON 11.186. WIEN VIII., ALSERSTRASSE 69. TELEPHON 11.186.

Wien, 19. März 1924.

An die Genossen

T o m a n n Karl und F r e y Josef

Wien.

Wir teilen Euch hiemit den in der Sitzung des Polbüros vom Montag den 17. d. M. einstimmig gefassten Beschluss mit:

Die beiden Genossen Tomann und Frey haben sofort nach Moskau abzureisen. Bis zur Regelung dieser Angelegenheit durch das EKKI. haben sich beide Genossen vollständig von jeder Parteiarbeit als auch von jedem Verkehr mit den Parteigenossen fernzuhalten. Jedes gegenteilige Verhalten der beiden Genossen wird als Disziplinbruch aufgefasst und behandelt

Die endgiltige Entscheidung geht den Genossen schriftlich zu.

Für das Polbüro:

Kommunistische Partei Oesterreichs Organisations-Kommission

Wien am 7.Mai 1924

Oesterreich
- - - - - -

An das Ek der K.I.

Werte Genossen !

Wir tragen heute die Stellungnahme des früheren politischen Büros,des Vertreters des Gewerkschaftsrates und der Gewerkschafts abteilung der KPOe Ketzlik und unsere Stellungnahme zur Betriebszellenfrage nach.

Die Stellungnahme zur Frage der Betriebszellen.
- -

I.Voraussetzungen,Versäumnisse,Zielsetzung
- -

Der vergangene Parteivorstand und das Direktorium unter der Leitung des Genossen Neurath haben es versäumt die Frage der Betriebszellen in der Frage rechtzeitig aufzuwerfen und zu diskutieren.Bis jetzt ist von einer eingehenden geistigen Vorbereitung und Einstellung der Parteiöffentlichkeit in Presse udd den Organisationen nichts konkretes und eingehendes geschehen.Es ist daher falsch,die Versäumnisse der Leitung in der geistigen Vorbereitung der Mitgliedschaft dadurch gut machen zu wollen dass man mit einem Schlage an die Organisierung schreitet.

Die Leitung hat es auch unterlassen die politische Arbeit mit mit der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben zu koordinieren, es besteht keine einzige gut arbeitende Betriebsfraktion,selbst in Warchalowski nicht.Es erwies sich,dass die bisherige Leitung nicht imstande war die dem gegenwärtigen Statut entsprechenden Betriebsfraktionen auszubauen. Die Unfähig der lebendigen politischen Arbeit kannn nicht durch die Illusion ersetzt werden,dass die Organisationsform allein,die Rettung der Partei ist.

In den Rundschreiben und Rededispositionen ,die eine öde Wiederholung der internationalen Thesen und eine blose Geste sind, haben das für die österreichische Partei aus der Umstellung der Organisation sich ergebende Ziel nicht klar und eindeutig herausgearbeitet.Das für Oesterreich bedeutsame an der Umstellung ist eta folgendes ;:

1/Es muss mit aller Klarheit herausgearbeitet werden,dass gerade mit der organisatorischen Umstellung allein die Partei nicht gerettet ist.Diese Illusion würde den Gedanken der Betriebszellen ebenso diskreditieren,wie die Taktik der Einheitsfront nach der falschen Anwendung /selbst die Wahltaktik nicht eingerechnet / diesen Gedanken selbst bei den eigenen Parteigenossen diskrediiert hat. Bei den desolaten Zuständen in der Partei kann die Enttäuschung über die neue Organisationsform zu einer Negierung der Bedeutung einer bestimmten Organisationsform /spezifischen/ der kommunistische Partei überhaupt führen. -Dies ist nicht geschehen,es wurde vielmehr die Umstellung als ein Allheilmittel betrachtet.Ferner wurde als demagogischer Zweck der Umstellung die Einberufung eines arbeitsfähigen Parteitages angegeben,was kein sachlicher Zweck sein konnte sondern eine Ablenkung von der Sache und der Bedeutung überhaupt bedeutet.Andererseits wird nicht imgeringsten das Kräfteverhältnis verschoben,was umso eher eine Enttäuschung bringen könnte.

2/Die Bedeutung der Umstellung liegt für die Organisationen in der Veränderung ihres Gesichtskreises,von der Arbeits nach innen zur Arbeit nach aussen,weil das Bestreben zur Gründung der Betriebszellen zur besseren Auswahl,vorzugsweisen Berücksichtigung der Betriebsarbeiter und Vertrauensmänner ~~xxxxx~~ führt und organisch die industriell und soziologisch minder wichtigen Schichten im Prozess

der Arbeit in den Hintergrund stellt.Da die Partei keine grösseren Betriebsfraktionen mehr hat - mit Ausnahme weniger - so liegt die Bedeutung jetzt nicht in der Hebung der momentanen Schlagkraft ,sondern in der Veränderung der Tätigkeit der einzelnen Organisationen nämlich die Konzentrierung ihrer Arbeit auf die Heranziehung von V Vertrauensleuten in den Betrieben,die Erhebung der Aufgaben in jedem einzelnen Betriebe zur zentralen Sorge der Lokalorganisation Das Hauptgewicht der Arbeit wird also nicht blos auf die Erfassung der vorhandenen Betriebsgruppen,sondern in Anbetracht der Schwäche auf die Bildung neuer sein,somit die Beschäftigung mit den vereinzelten zu hunderten in Grossbetrieben verstreuten auf sich selbst angewiesenen Vertrauensmänner sein.

3/Die organisatorische Umstellung wird die Leitung durch die ~~xxxxxxxxxxxxxx~~ unfreiwillige Kontrolle die die Vertrauensleute durch ihre Verpflichtung die Parolen der Partei in den Betrieben zu vertreten,an ihr ausüben,zu einer konkreteren,die Stimmung der Masse berücksichtigenden Politik führen,ohne die ein Aufbau der Betriebszellen nicht denbar ist.

II.Die Differenzen

1/ Im Zweck,Ziel und der Tendenz.Die Tomannfraktion versucht aus begreiflichen Gründen,alle Fehler der eigenen Politik und Gewerkschaftstaktik auf die bisherige Organisationsform zurückzuführen,verspricht sich die Wiederherstellung der Schlagkraft der Partei im Augenblick der Umstellung und verfolgt ein fraktionelles Ziel,das überdies zwecklos ist : den Parteitag.

2/Syndikalistische Tendezen.es ist praktisch schon in Durchführung begriffen ohne dass darüber hätte diskutiert werden können dass die Bauarbeiter und die Lederarbeiter,als Berufsgruppen parallel mit ihrer nicht Betrisbweisen,sondern lokalen Gewerkschaftsgruppe auch "Betriebszellen " sie sagen es sogar mit richtigem Namen, - Branchenzellen errichten , und berufen sich dabei auf die internationalen Thesen.Die Grundlage muss sein der Betrieb,die Arbeitsstätte,nicht die Branche und irgend ein zufälliger Zusammenkunftsort.Kommentar überflüssig.

3/Hiezu gehört auch die Bestrebung einer dualistischen Organisationsform.Die Schaffung eines eigenen Gewerkschaftsausschusses rsp.Obmannes in den Betriebszellen,die ~~xxxxxxxx~~ Zerlegung der Arbeit in politische und gewerkschaftliche,nebeneinander.Ketzlik sagte im Gewerkschaftsrat,"die Gewerkschaftsfraktion werde sich nicht immer im Betrieb mit der Zelle decken " und in Vertrauensmännerkonferenzen sprach er ausdrücklich von der Schaffung von parrallel laufender gewerkschaftlicher Körper in der Zelle.

III.Sofortige Aufnahme der Betriebszellenarbeit

Das Schwergewicht ist gegenwärtig vor allem auf die zu leistende Arbeit zu verlegen,um die Parteigenossen vor der Illusion zu bewahren die organisatorische Umstellung allein schaffe schon die Veränderung.Hiezu wären nötig :

1/ Einberufung einer wiener statutarisch ordnungsgemäss einberufenen Vertrauensmännerkonferenz/deren überwiegender Teil Betriebsvertrauensmänner sind /auf der über die Betriebszellenarbeit gesprochen wird.

2/ Einberufung lokaler Betriebsvertrauensmännerkonferenzen aller im Bezirk arbeitender Vertrauensleute

3/ Ausbau der Betriebsfraktionen,Koordinierung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben,Versammlungskampagne, Verlegung der politischen Aktionen indie Betriebe.

Unsere Stellungnahme zur Betriebszellenfrage

I. Die Versäumnisse des alten Parteivorstandes

1. Er führt ein Jahr lang die Beschlüsse der Komintern nicht durch. Die Beschlüsse zur Betriebszellenfrage wurden schon am letzten Weltkongress gefasst. Der p Parteivorst. hatte ein ganzes Jahr, Neurath mehr als ein Viertel Jahr Zeit, diese Frage in der Partei aufzuwerfen, richtig zu stellen u. zu diskutieren. Der Vorwurf der Komintern, dass di Frage in den meisten Parteien nicht diskuriert wurde trifft daher den alten Parteivorstand. Um ihre Unterlassung zu verdecken will die Leitung nun momentan, ohne Diskussion, ohne Plan, ohne Statutenentwurf an eine wilde Organisierung schreiten, womit sie einen noch grösseren Fehler begeht.

2. Er unterlässt es, die Pflichten des gegenwärtigen Parteistatutes (Frey) durchzuführen ; er hat den Ausbau der Betriebsfraktionen unterlassen. Keine Versammlungs-, keine politische, ja nicht einmal eine richtige gewerkschaftliche Arbeit wurde zum Ausbau der Betriebsfraktionen in den Betrieben unternommen. Seit der Genfer Aktion fand keine einzige Kampagne in den Betrieben mehr statt. Ihre Unfähigkeit will die Leitung nun dadurch bemänteln, dass sie alle Schuld auf das Statut abwälzen will, das sie nicht eingehalten hat.

3. Das Direktoriumm unterschlägt eine Kominternresolution, offenbar mit Absicht. Das Direktorium hat nutr eine Resolution abgedruckt die zweite über die "Durchführung der Betriebszellen" wurde mit Absicht unterschlagen, denn diese enthält den für Oesterreich bedeutsamen Passus, dass auf die Verhältnisse der einzelnen Länder Rücksicht genommen werden muss und dass reichlich diskuriert werden muss. (Die deutsche K.P. hat fast ein halbes Jahr diskutiert, der österreichische Partei will das Direktorium nicht einmal einige Wochen lassen)

II. Die besondere Bedeutung für Oesterreich.

1. Keine Illusionen! Nicht die Organisationsform, sondern die A r b e i t im Geiste dieser Organisationsform ist das wichtigste! Im Moment der Umstellung ändert sich die Schlagkraft unserer Partei noch nicht. Damit ist sie auch noch nicht gerettet. Nicht die Einkassierung ist das wichtigste. Was sich ändert ist der Gesichtskreis, der Aufgabenkreis, die Richtung unserer Arbeit. Wenn die Partei keine positive, aktive Politik machen wird, werden die Betriebszellen nicht zustandekommen.

2. Worin liegt die Bedeutung für die Organe der Partei ?

In der Veränderung der Richtung der Arbeit. Die Lokalorganisat kehrt ihre Arbeit nun von innen nach aussen, nicht wie bisher von aussen nach innen. D.h. der Lokalausschuss fragt sich nicht blos : wie ziehe ich die Genossen zur lokalen Arbeit heran, sondern : wie mache ich aus dem einfachen Genossen einen Agitator im Betrieb Im Laufe der Arbeit erfolgt eine organische Auswahl der Kräfte: die in der Industrie beschäftigten Genossen treten, wegen ihrer propagandistischen Wichtigkeit in den Vordergrund , die anderen Schicht treten in den Hintergrund . Die Arbeit in den Betrieben bleibt nun nicht mehr einer Gewerkschaftsabteilung, oder den vereinzelten Genossen im Betrieb überlassen, nein, sie wird jetzt zur zentralen Sorge des gesamten Ausschusses. Die Betriebszelle ist keine gewerkschaftliche Arbeit, sie ist die Grundlage der Partei, sie Unter-

3.Was sich für die Parteileitung ändert und aufhört.
Die Parteileitung wird gezwungen werden zu einer konkreteren,umsichtigeren,die Stimmung der Arbeiter besser berücksichtigenderen Politik.Ein neuer Geist,grösseres Verantwortlichkeitsgefühl,schärfere Kritik wird einziehen.Der einzelne Genosse wird schärfere Kritik an den falschen Losungen und Parolen üben,die ihn im Betrieb ins Unheil reissen würden.(Die Umstellung auf die Betriebszellen wendet sich eigentlich gegen die oberflächliche,unbrauchbare,haltlose Politisiererei des alten Parteivorstandes.)

III.Die Differenzen
1.Im Zweck Ziel und der Tendenz.Für die Tomannfraktion ist der "Zweck" der Umorganisierung,die Vorbereitung eines für sie günstigen Parteitages,ihr Ziel ist einen unkontrollierbaren Schwindel mit sagenhaften Betriebszellenmitgliedern zu machen,in ihrer Tendenz liegt es schliesslich die Betriebszellen als eine gewerkschaftliche Arbeit und Aufgabe aufzufassen.
Die Umorganisierung wird die Kräfteverhältnisse nicht verschiben,ja in manchen Bezrirken wird unsere Position sogar noch gestärkt.Aber eine wilde Organisierung öffnet jedem Schwindel Tür und Tor.Wir befürchten das Chaos und falsche Illusionen.
Der Zweck muss ein sachlicher sein :Verbreiterung und Vertiefung der Parteorganisation,das Ziel: die Schulung und Erfassung aller Betriebsvertrauensleute und aller Zellen.
2.Syndicalistische Tendenzen. Die Tomannfraktion gründet sog."Branchenzellen" und belügt die Mitglieder,dass dies in den internationalen Thesen gefordert werde.Branchenzellen sind unstatthaft,prinzipiell falsch.Die Betriebszellen müssen aufgebaut werden ,wo die Arbeiter am meisten und längsten zusammen sind (6 Tage zu je 8 Stunden in der Woche),zu allen Zeiten (auch während des Terrors (im Betrieb,denn der Kapitalist muss sie Arbeiten lassen,wenn er verdienen will).Die "Branchenzellen" und Berufszellen entwickeln den gefährlichen Berufssyndicylismus,sie müssen einen eigenen Verständigungsapparat,Kassierapparat haben,haben keine gute Grundlage,denn die Mitglieder kommen einmal im Monat bei gutem Bier und schönen Wetter zusammen,zur Zeit der Illegalität überhaupt nicht.Das bedeutet die Züchtung des Berufssyndicalismus die Zersplitterung der Hauszellen und die Schaffung eines Fremdkörpers in der Organisation.
3.Nicht die zentralistische,sondern die dualistische (zweiköpfige)Organisationsform wollen die Tomanniten.Ketzlik will die Schaffung eines besonderen gewerkschaftlichen Apparates,ev. Ausschusses neben dem politischen in der Zelle.Das bedeutet die Teilung der Zelle in zwei Teile ,also Nebeneinander - und Gegeneinanderarbeit.Das ist ein prinzipieller Unterschied und verstösst gegen die Grundsätze der komm.Organisationsform.Mit aller Schärfe ist zu unterstreichen : es darf nur ein Körper,ein Ausschuss,ein Obmann sein,die Leitung kann ihre Arbeit teilen,aber unter Wahrung vollständiger Einheit.

IV. Sofortige Aufnahme der Betriebszellenarbeit

Das Schwergewicht ist gegenwärtige auf die zu leistende A r b e i t im Geiste der neuen Organisationsform zu verlegen, um die Parteigenossen vor der Illusion zu bewahren, die organisatorische Umstellung allein schaffe schon alles. Dazu :

1. Einberufung einer Wiener statutarisch ordnungsgemässen Vertrauensmännerkonferenz (deren überwiegender Teil Betriebsvertrauensmänner sind) auf der über die Betriebszellenarbeit gesprochen wird

2. Einberufung lokaler Betriebsvertrauensmännerkonferenzen der im Bezrirk arbeitenden Vertrauensleute(oder Kommunist, auch als Ein Einzelner im Betrieb)

3. Ausbau der Betriebsfraktionen, Koordinierung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, Versammlungskampagne. Verlegung der politischen Aktionen in die Betriebe.

4. Mitgliederversammlungen der Lokalorganisationen mit den in den jetzigen Betriebsfraktionen organisierten Genossen zur Einstellung auf die Umstellung. Bezirksversammlungen mit politischer oder gewerkschaftlicher Tagesordnung.

V. Die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation

Zu diesem Zwecke wird folgendes unternommen

1. Sofortige Veröffentlichung der zweiten Resolution des EK der Komintern über die "Durchführung der Betriebszellen" die bisher unterschlagen wurde, weil sie die Rücksichtnahme auf die spezielle Lage der einzelnen Ländern und ausreichende Diskussion fordert.

Sofortige Aufnahme der Diskussion in der Presse und in den Lokalorganisationen, die noch nicht zu Ende geführt wurde.

2. Ausarbeitung eines genauen Statutenentwurfes oder eines provisorischen Planes als Ergänzung zum Statut.

3. Umstellung der ganzen Partei innerhalb einer bestimmten Frist nur durch Beschluss auf einem Parteitag, Unterbreitung des Statutenentwurfes an die Komintern.

4. Auflösung der wild organisierten Branchenzellen und Berufszellen bei den Schuhmachern und Bauarbeitern, Einreihung der Hausarbeiter und Lederarbeiter in die Strassenzellen. Grössere Bauten und grössre mechanische Schuhtriebe errichten eigene Betriebszellen (die Bauten auch nur im Falle sehr langer Dauer)

5. Scharfe Zurückweisung der syndicalistischen Tendenzen

6. Einkassierung nach dem Parteitag.

VI. Arbeiten für unsere Richtung

Da die Tomannrichtung daran gegangen ist die Einkassierung in den Betrieben bereits vorzunehmen und die wilde Organisierung begonnen hat um die Freyrichtung durch Schwindel und Uebervorteilung zu majorisieren, gehen wir daran ebenfalls in unseren Betrieben di Einkassierung vorzunehmen. Dadurch fällt alle Schuld für die Folgen einer chaotischen "Organisierung " auf die Tomannrichtung, auf den P.V. und Kominternvertreter. Konflikte sind vorauszusehen in folgenden Fragen 1. werden die Betriebszellen eigene Delegierte auf den Parteitag schicken (sie dürfen es nicht !), wer hat in der Lokalorganisation Stimmrecht, ? Dürfen die Branchenzellen bestehen ? Darf das Gewerkschftssekretariat die Betriebszellen missbrauchen und den Zentralismus zertrümmern? Wem unterstehen die Betriebszellen ? Wer wird die Betriebszellen, den Mitgliederstand kontrollierm?

Wir haben einen klaren Standpunkt vertreten, aber wenn die Tomannrichtung uns übervorteilen will: sie wird enttäuscht werden.

4/Mitgliederversammlungen der Lokalorganisation mit den in den jetzigen Betriebsfraktionen (später Betriebszellen) organisierten Genossen zur Einstellung auf die Umstellung. Bezirksversammlungen mit politischer oder gewerkschaftlicher Tagesordnung .

IV.Die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation

Zu diesem Zwecke wird folgendes unternommen :

1/Sofortige Veröffentlichung der zweiten Resolution des EK der Komintern über die " Durchführung der Betriebszellen " die bisher unterschlagen wurde,weil es die Rücksichtnahme auf die spezielle Lage der einzelnen Länder und die Diskussion fordert.

Sofortige Aufnahme der Diskussion in der Presse und in den Lokalorganisationen,die noch nicht zu Ende geführt wurde.

2/ Ausarbeitung eines genauen Statutenentwurfes oder eines provisorischen Planes als Ergänzung zum Statut

3/Umstellung der ganzen Partei auf die Grundlage der Betriebszellen auf Grund des Beschlusses des Parteitages,Unterbreitung des Statutesentwurfes zur Genehmigung an die Komintern

4/Auflösung der wild organisierte "Branchenzellen und Berufszellen" bei den Bauarbeitern und Schuhmachern,sofort bei Eröffnung der Diskussion,Einreihung der Bauarbeiter in die Strassenzellen oder bei länderen Arbeiten bei den Baustellen,Gründung von Betriebszellen bei den mechanischen Schuhbetrieben,Kleinhandwerker sind in den Strassenzellen zu organisieren.

5/Scharfe Zurückweisung der syndicalistischen Tendenzen

6/Einkassierung nach dem Parteitag

Nachschrift :

Wie notwendig die Diskussion war,zeigt sich in dem Aufkommen der syndikalistischen Tendenzen ,in der Gründung der Branchenzellen etc etc.Die Ausschaltung der Diskussion ist nicht auf Grund der uns zu Unrecht zur Last gelegten Verschleppung ,sondern zu dem Zwecke erfolgt,um ohne Klarstellung der Differenzen Handhabe für alle möglichen widersinnigen Manöver zu haben,da kein Beschluss dies verbietet.Dabei berufen sich diese Genossen auf die Internationalen Beschlüsse.Im Interesse der Klarstellung ist bei den verworrenen Zuständen in der Partei eine durchgreifende Diskussion eine entscheidende Frage.Sonst werden wir öffentlich die Verantwortung für die wirre,planlose,zwiespältige Organisierung der Betriebszellen ablehnen müssen.

Mit kommunistischem Gruss

I. Mit welcher Direktive bin ich auf den Parteitag gegangen?

1. Einhaltung der Beschlüsse der Komintern – keinen der Exponenten (Frey Tomann) in den P.V. → Arbeitsfähiger Parteivorstand – Aufbau der Partei! Gegen jede Korruption! Gegen die falsche Wahltaktik!

II. Was zeigte sich auf dem Parteitag?

Schlechte Vorbereitung des Parteitages – Es stellt sich heraus, dass Delegierte auf dem Parteitag sind, die von Organisationen delegiert sind, die nicht die nötige Anzahl Mitgliedbeiträge abgerechnet haben. Es wird ein Antrag gestellt, dass der Reichskassier die Abrechnungen der Länder bzw. Lokalorganisationen vorlegen soll, damit jeder Delegierte Einsicht nehmen kann, welche Mandate zurecht bestehen. Erst auf Grund dieser Feststellungen kann das Präsidium und die Kommissionen gewählt werden. Die abtretende Leitung weigert sich, diesen Einblick zu gewähren, es wird hiebei von einem Teil der Delegierten unterstützt. Das musste mein Misstrauen gegen diese abtretende Leitung sowie gegen jenen Teil der Delegierten erwecken, die diese selbstverständliche Einsicht verweigerten. Am meisten verwunderte es mich, dass auch der internationale Vertreter sich gegen diese Klarstellung aussprach. Da dieses Misstrauen aber beständig wuchs, musste sich die Leitung schliesslich bequemen, Einsicht in die Abrechnungen zu gewähren und die Mandatsverteilung genau nach den Abrechnungen vornehmen. Ihr werdet es selbstverständlich finden, dass ich auf jener Seite der Delegierten stand, die diese selbstverständliche Vorbedingung für die ordentliche Abhaltung eines Parteitages forderten.

Nun kam es zur Wahl der Komissionen. Es lag vor ein Vorschlag des abtretenden Vorstandes und 2 Vorschläge aus dem Plenum. Die Vorschläge jener Gruppe, welche die Einsicht in die Abrechnungen forderten, blieben mit 1 -3 Stimmen in der Majorität. Bei der Wahl des Präsidiums war Stimmengleichheit.

III. Der Bericht der abtretenden Parteileitung.

Der Bericht der abtretenden Parteileitung ergab eine starke Schwächung der Partei seit dem letzten Parteitag, wie wir alle wissen. Im Mittelpunkt der Diskussion war die Wahlniederlage. Der abtretende Parteivorstand vertrat die Linie der Ablehnung der Einheitsfronttaktik bei der Wahl. Eine Gruppe aber sah in dieser Ablehnung eine der Hauptursachen der Wahlniederlage. Es wurde auch eine diesbezügliche Resolution eingebracht, die bis ins einzelne gehend die Fehler der alten Parteivorstände klar aufzeigt. Eben von derselben Gruppe wurde auch eine Resolution eingebracht, die forderte, dass der Beschluss des letzten Parteitages bezüglich Korruption (ein Kassier, der sich weigert, seine Belege vorzuweisen, ist auszuschliessen – ein Mitglied der Partei, das droht, in der gegnerischen Presse über die Partei Enthüllungen zu machen, ist ebenfalls auszuschliessen), durchgeführt wird, denn der alte P.V. hatte die beiden diesbezüglichen Genossen trotz dieses Beschlusses wieder aufgenommen. Es ergriff auch ein Mitglied der damaligen Untersuchungskommission, Gen. Nip das Wort, um zu erklären, dass die Beschuldigungen gegen den Gen. Tober als zutreffend erkannt wurden. Dass ich dafür, ist selbstverständlich.

Obzwar es sich in der Debatte herausstellte, dass die Mehrheit dieser Ansicht war, verhinderte der internationale Vertreter, Neurath, die Abstimmung über die Resolutionen und erzwang die Verschiebung bis zum Bericht der Mandatsprüfungskomission.

IV. Referat über die politische Lage (Neurath)

Gen. Neurath hielt ein sehr oberflächliches Referat, das nichts neues brachte. Das was er erzählte, muss jeder wissen, der die R.F. täglich liest. – In der Debatte entwickelte besonders Gen. Hexmann klar die Schwächung der Entente und die Stärkung Sowjetrusslands und ihre spezielle Bedeutung für die Politik in Oesterreich. Auch unsere Stellung zur Sozialdemokratie beleuchtete er in klarer Weise. Eine Resolution lag nicht vor.

IV.Organisatorische und agitatorische Aufgaben.(Maresch)

Gen.Maresch,der im letzten Moment vom P.V. als Referent bestimmt wur gibt sein Referat nicht auf der Linie des abtretenden Parteivor tandes, sondern stürzte sich auf das Organisationsstatut ,das er für den Niedergang der Partei verantwortlich machte.Im übrigen sagte er nur natürlich auch richtes über die neue Betriebszellenarbeit.Es ergab sich aus der Debatte,dass ~~xxxxxxxxxx~~ selbstverständlich an die Schaffung von Betriebszellen und dem Umbau der Organisation auf Grundlage der Betriebszellen geschritten werden muss,aber nicht überhastet,um das ohnehin schwache Gefüge der Partei nicht völlig zu zerstören.Das kritierte Statut aber war es welches in der Zeit der grossen Arbeitslosigkeit,als gerade unsere Genossen in Massen aus den Betrieben entlassen wurden,eben diese Genossen in den Ohnorganisationen erfasste und so eine bedeutende Schwächung der Partei verhinderte.Ueberdies war die komm.Internationale mit diesem Statut völlig einverstanden.Zu diesem Punkte wurde von jenen Genossen,die es wirklich ernst meinen mit der Gesundung der Partei von Ortsgruppe XII ausgearbeitete Thesen vorgelegt,die aber nicht zur Abstimmung gebracht wurden.

V.Bericht der Mandatsprüfungskomission.

Durch die eigentümliche Art des Parteitages,seine schlechte Vorbereitung verzögerte sich der Bericht der Mandatsprüfungskomission.Gen.Donau erstattete den Bericht über die vielen strittigen Mandate und schlug vor um die Stimmung nicht weiter zu vergiften und niemandem Unrecht zu tun, und um die Zahl der Delegierten nicht noch weiter herabzusetzen,die bisherigen Mandate anzuerkennen.Bezüglich der Länder Kärnten,Salzburg,Vorarlberg,für welche keine detaillierte Abrechnung in den Händen des Reichskassiers war,konnte selbstverständlich nur Beratungsrecht beantragt werden.Ferner beantragte er,dass,was ebenfalls selbstverständlich ist,die beiden Jugendvertreter Stimmrecht in allen Fragen haben sollten,wie es auch in allen anderen Ländern der Fall ist,was vom anwesenden Vertreter der Jugendinternationale bestätigt werden musste.

Gen.Neurat griff ein und verhinderte sogar die Abstimmung über die Mandatsprüfungskomission unter folgendem Vorwand: Es komme nicht an auf 1 oder 2 Stimmen mehr oder weniger,die Fraktionen seien ungefähr gleich,und überhaupt,bevor man weiterverhandeln könne,müsse ein paritätisch zusammengesetzter Parteivorstand vereinbart sein.~~Nun~~ So etwas ist noch auf keinem Parteitag der Welt vorgekommen,es ist klarerweise eine Ueberschreitung der Befugnisse,und stellt eine Erpressung dar.Es ist ohneweiteres klar, dass eine Entscheidung über den Parteivorstand natürlich erst gefällt werden kann,wenn durch die Mandatprüfungskomission und die Entscheidung über ihre Vorschläge festgestellt wird, er stimmberechtigt ist.

Gen.Neurath verlas dann einen Brief der Exekutive(siehe R.F.II.III) den er sich bis zu diesem Zeitpunkt aufgehoben hatte,und verlangte unter Berufung auf den folgenden Absatz

"...Die Exekutive rechnet zuversichtlich damit,dass der Parteitag es verstehen wird,sich einen Parteivorstand zu geben,der diesen Grundsatz der Geschlossenheit und Einigkeit widerspiegeln wird,und der in voller Einmütigkeit und mit Kampf -und Arbeitsfreude erfüllt,~~xxxx~~ ~~xxxxx~~ ... an der Lösung der gewaltigen Aufgaben schreiten wird..."

einen paritätischen Vorstand.Selbstverständlich ist,dass jeder mit dieser Forderung der Exekutive einverstanden ist,es ist aber eine bewusste I r r e f ü h r u n g des Parteitages,wenn ~~xxxxx~~ Gen.Neurath gesagt hat,dass das E.K. einen p a r i t ä t i s c h e n Vorstand verlangt, davon ist,wie man oben sieht gar keine Rede./Uebrigens schlug derselbe Gen.Neurath am Tag vorher zuerst einen Vorstand mit sich an der Spitze und 8 Anhängern der Richtung Tomann und nur 5 neutralen Genossen !!! Das ist die Objektivität des Genneurath und so hat er zuerst die Parität verstanden.Uebrigens warum hat er damals noch nichts gewusst von einem angeblichen Verlangen des E.K.K.I.nach einem paritätischen Vorstand?

VI. Die Wahl des neuen Parteivorstandes.

Wie schon erwähnt, schlug Gen. Neurath zuerst den P.V. im Verhältnis von 8 Vertretern der Minderheit und 3 Vertretern der Mehrheit des Parteitages vor. Ihm gegenüber stellte die Mehrheit folgenden Vorschlag auf: 7 Vertreter der Mehrheit, 5 Vertreter der Minderheit, ausserdem 2 tschechische Genossen. Als Genosse Neurath mit seinem ersten Vorschlag nicht durchdrang, stellte er sich auf den Standpunkt der Parität, d.h. es dürfe der Parteivorstand keine Mehrheit und Minderheit haben, sondern Mehrheit und Minderheit des Parteitages sollten im neuen P.V. einander zahlenmässig gleich sein. Ich habe schon gezeigt, dass der Versuch, dies sachlich durch Berufung auf das Sendschreiben des E.K. zu begründen, eine Irreführung ist. Der Gedanke der Parität ist ein glatter Widersinn und steht in vollkommenem Widerspruch zu den Thesen des 3. Weltkongresses der K.I. über die Organisation der Kommunistischen Parteien.

Welche Aufgaben hat der Parteivorstand? Die Partei zu führen! Ist eine Führung der Partei möglich, wenn sich die Kräfte in ihm das Gleichgewicht halten. Es ist selbstverständlich, dass der Parteivorstand, wenn es nicht absolute Einhelligkeit in der Partei gibt, so zusammengesetzt sein muss, dass die Mehrheit des Parteitages (und hinter der Mehrheit dieses Parteitages steht, wie sich aus den Abstimmungsresultaten in den Gruppen nachweisen lässt, fast 2/3 der Mitglieder). Die Mehrheit im P.V., selbst wenn die Mehrheit noch so knapp ist, entsprechen der Mehrheit des Parteitages und die Minderheit ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein.

Durch seine dortwährenden, unzähligen Drohungen mit dem Vetorecht, vergewaltigte Neurath schliesslich die Mehrheit, die um nicht den Parteitag zu gefährden und bei Betonung der vollen Verantwortung des Gen. Neurath für seine Handlungsweise. So lagen schliesslich 3 Anträge vor:
1. Vorschlag P o l z e r (Fraktion Tomann): 5:5, und Neurath mit beschliessender Stimme als Vorsitzender und die Jugend ohne beschliessende Stimme.
2. Vorschlag N e u r a t h : 5:5, ausserdem ein Vertreter der Internationale, beschliessende Stimme der Jugend aber kein tschechischer Genosse.
3. Die Mehrheit des Parteitages machte durch Gen. D o n a t e r folgenden Vorschlag: 6 von der Mehrheit, 6 von der Minderheit, darunter möglichst viele Provinzgenossen, ausserdem 2 tschechische Genossen und beschliessende Stimme der Jugend und Vertreter der K.I., so wie in allen Ländern üblich, mit beratender Stimme und Vetorecht. Schliesslich einigte man sich auf: 5:5 (darunter je ein tschechischer Genosse und keine Bestimmung der tschech. Genossen durch ihre Gruppe selbst), ausserdem 1 Vertreter der Jugend mit beschliessender Stimme, Vertreter der Internationale nur mit beratender Stimme, aber auf keinen Fall Neurath oder der andere anwesende Vertreter Gen. Max, zu welch beiden der Parteitag kein Vertrauen hatte. Obwohl die Mehrheit auf ein Mass entgegengekommen war, das erstaunlich ist, hatten die Vertreter der Internationale noch die Kühnheit zum Schluss, unter missbräuchlicher Androhung des Vetos, die Wahl des Gen. Deubler verhindern zu wollen. (Das gelang freilich nicht, im Gegenteil, in 3-maliger Abstimmung wurde Gen. Deubler, immer wieder gewählt u.z. mit wachsender Majorität!)

Der übrige Vorschlag wurde dann einstimmig, aber nur mit 20 Stimmen, bei 13 Stimmenthaltungen, der der Tomannrichtung angehörenden Genossen. Dadurch haben diese Genossen bewiesen, wie ernst ihre Behauptung zu nehmen ist, dass hinter den Kommintern stehen und für die Vorschläge ihres Vertreters einzutreten bereit seien.

VII. Warum der Parteitag schliesslich von Neurat aufgelöst wurde

Mit allen Machtmittel hat Neurath immer wieder verhindert, die Abstimmung über den Bericht der Mandatsprüfungskomission verhindert und vor allem die Abstimmung über die beiden Resolutionen zu Bericht, im besondere über die politische. Er wusste, dass sie totsicher angenommen würden, da die Mehrheit des Parteitages fest dahinterstand. In der politischen Resolution steht aber folgender Absatz:

"Die Vertreter der Internationale haben während der ganzen Zeit die Gesundung der Partei nicht gefördert;sie haben es verabsäumt,sich allseitig zu informieren und haben durch ihre schwankende ,inskonsequente Haltung den Gesundungsprozess gehemmt;sie tragen schwere Schuld daran,dass die Partei auf diesen Tiefstand gesunken ist; sie haben durch ihr Verhalten das Ansehen und die Interessen der Komm.Internationale in der österr. Arbeiterschaft und in der K.P.Cs. geschädigt."

Die Annahme dieses Resolutionssatzes durch den Parteitag hätte von vornherein jeder Berichterstattung Neurats an die K.I. die Kraft genommen.Die K.I. hätte gesehen,dass Neurath das Vertrauen der Mehrheit nicht hat und hätte dann sein Verhalten und seinen Bericht gründlicher unter die Lupe genommen.

Und um eben das zu verhindern,darum lauerte Neurat die ganze Zeit auf irgend einen Zwischenfall und als 2 Genossen in Streit gerieten,löste er kurzerhand den Parteitag auf,um eine Abstimmung über die Resolution zu verhindern.So schützte er sich und dadurch,dass die Abstimmung über die Misstrauensresolution gegen den alten Parteivorstand,der die Partei dem Untergang nahegebracht hatte,von ihm verhindert wurde,bewies er klar,dass er selbst auf Seiten des alten Parteivorstandes - jenes Parteivorstandes, der die Partei an den Randdes Abgrunds führte - steht.Neurath suchte das damit zu verdecken,dass er die Mehrheit der fraktionellen Tätigkeit verdächtigte.Im Gegensatz zur Minderheit,deren einzelne Delegierte(z.B. X. Bezirk)beauftragt waren,für die Wahl Tommans einzutreten,hielten die Genossen der Mehrheit an dem objektiven Standpunkt unausgesetzt fest,dass Exponenten,auch Frey nicht,in den P.V. gewählt werden dürfen.Damit ist klar bewiesen,dass die Mehrheit objektiv war,die Minderheit aber fraktionell und indem sich Neurath auf ihre Seite stellte ,enthüllte er sich klar als Fraktionist.

VIII.

So ist der Parteitag alles andere als befriedigend verlaufen.Unsere Pflicht ist es nun,mit allen Kräften anzuspannen,um durch positive Arbeit die Partei aufwärts zu führen.Jedes Mitglied aber muss die Vorgänge auf diesem Parteitag unvoreingenommen überdenken,sich ein selbständiges Urteil bilden und mit dafür Sorge tragen,dass sich derartiges nie mehr wiederholt.

An alle Lokalorganisationen der Kommunistischen Partei Oesterreichs.

Genossen und Genossinnen!

Die provisorische Parteileitung hatte sich bis zum Parteitag bemüht, im Sinne der Liquidierung der Fraktionskämpfe zu wirken. Tatsächlich ist es ihr auch gelungen, eine Menge sachlicher Arbeit in Angriff zu nehmen und mit einigem Erfolge abzuschliessen!

Dem Parteitag lag ein Begrüssungsschreiben der Exekutive der Komintern vor, in dem in Bezug auf die Aufgaben der Partei und die Liquidierung der Fraktionskämpfe folgendes gesagt wurde!

"Grosse und zahlreiche Aufgaben stehen heute vor der Kommunistischen Partei Oesterreichs, und mit Recht kann man daher diesen Parteitag als einen Wendepunkt in der Entwicklung Eurer Partei ansprechen. Die Exekutive spricht die feste Erwartung aus, dass die Partei diese Aufgaben lösen wird. Die Bedingung dafür ist aber, dass die überwundenen und die Partei tief schädigenden Fraktionskämpfe aus den Reihen Eurer Partei auf das nachdrücklichste verbannt bleiben, und dass Ihr die vollständige Einheit und Geschlossenheit der Partei über alles stellt."

Leider wurde diese Forderung der Internationale nicht eingehalten und es ist den Bemühungen der Komintern Vertreter nicht gelungen, auf diesem Parteitag eine zweckmässige Verständigung beider Fraktionen durchzusetzen. Schliesslich einigte man sich doch auf Grundlage der Parität, und die auf dem Parteitag angenommene Liste des neuen Parteivorstandes wurde mit 22 von 36 Stimmen gewählt. 12 oder 14 Genossen enthielten sich der Abstimmung.

Es war aber sofort allen Parteimitgliedern klar, dass das Zentralkomitee in dieser Fraktionellen Zusammensetzung nicht arbeitsfähig sei. Die Vertreter der Komintern haben daher in einer Besprechung mit den Mitgliedern des auf dem Parteitag gewählten Z.K. sowie mit der früheren provisorischen Parteileitung folgendes beschlossen:

1. Das auf dem Parteitag gewählte Z.K.hat provisorischen Charakter bis zur endgültigen Entscheidung durch die K.I.

2. Bis zur endgültigen Entscheidung wird das politische Büro zugleich als geschäftsführender Ausschuss die Leitung und Führung der Partei übernehmen.Dieser Ausschuss besteht aus den Genossen:Dolezal, Fiala,Grün anna,Döhrath.An der Spitze dieses Büros befindet sich ein Komintern Vertreter.Dieses politische Büro führt die Parteigeschäfte auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit.Es wird neben den wichtigsten, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben sofort die Aktion in der Presse,die Frage der Mitgliederwerbung fortsetzen,die Vorbereitungen zu den Gemeinderatswahlen,die bessere Ausgestaltung der "Roten Fahne" und die Neugestaltung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen vornehmen.

Vor allem aber hat der geschäftsführende Ausschuss darauf zu sehen,,dass die letzten Reste fraktioneller Kämpfe mit aller Rücksichtslosigkeit vernichtet werden.Wenn bis zum Parteitag alle Versuche gemacht wurden,eine Verständigung auf gütlichem Wege herbeizuführen,so kann jetzt nach der Tagung des Parteikongresses den Fraktionen gegenüber keine Rücksicht mehr geübt werden.Wer immer sich fraktioneller Betätigung schuldig macht,wird augenblicklich aus der Partei ausgeschlossen.Die Parteileitung wird nicht davor zurückschauen, jeden Genossen,der weiterhin fraktionell tätig ist,ganz gleichgültig welchen Namen er trägt,und was er in der Partei geleistet hat,aus der Partei auszuschliessen.Es wird keinen Augenblick länger geduldet,dass die Partei infolge der fraktionellen Kämpfe weiter zersetzt,und davon abgehalten wird,nützliche Arbeit im Interesse des Proletariats zu verrichten.Die Parteileitung rechnet damit,dass sie in diesem Bestreben die Partei von allen schädlichen Elementen zu reinigen,die vollkommene Unterstützung aller Mitglieder finden wird.Und ein schädliches Mitglied der Partei ist derjenige,der auch nur einen Augenblick an die Fortsetzung der früheren Fraktionskämpfe denkt,oder nichts dazu bei-

trägt,um solche Kämpfe,wo sie sich zeigen mögen,zu unterdrücken.

In Ausführung dieser,ihm von den Vertretern der Komintern erteilten Aufgaben hat der geschäftsführende Ausschuss in seiner ersten Sitzung den Gen.Daubler infolge seiner fortgesetzten fraktionellen Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen,und eine Untersuchung über die Angelegenheit der fraktionellen Betätigung des Gen.Tober eingeleitet.

Der geschäftsführende Ausschuss wird weiterhin auf seinem Grundsatze beharren,dass von nun an auf allen Gebieten der wirtschaftlichen,politischen,organisatorischen und journalistischen Tätigkeit der Partei einzigst und aktivst gearbeitet werden muss.Alle Ausschüsse und alle Arbeitsgruppen,alle Personalfragen werden nunmehr sowohl vom geschäftsführenden Ausschuss als von den Lokalorganisationen nur mehr nach sachlichen und qualitativen Grundsätzen geregelt werden.Der Fraktionskampf muss entschieden für immer aus den Reihen der kommunistischen Partei Oesterreichs verbannt bleiben!

gezeichnet: Organ.

Dolezal, Fiala,

Grün Anna, Tschroth.

Wien,am 1.März 1924.

Antrag

1) Sofortige Erledigung aller Suspendierungen Ausschlussangelegenheiten etc. Aufhebung der Suspendierungen gegen die Gen. Kramer und Marschanki. Einsetzung in alle Funktionen die sie hatten und keine Entlassung des Genossen Kramer von der Bezirksparteistelle, die für ihn als eine Beschämung vor den Genossen des eigenen Bezirkes darstellt. Die Erledigung der prinzipiellen Anträge gegenüber Land Forst und Untersuchung gegen diese und mit der Anzeige hatt verknüpften Genossen in allen weiteren Angelegenheiten, insbesondere der Verwendung von Parteigeldern.

2) Sofortiger Zusammentritt des Parteivorstandes auch vor der Entscheidung der Komintern noch in dieser Woche, da diese Nicht zusammentreten des Parteivorstandes als eine Konzession für den 16. Bezirk ge und gegenüber den Androhungen der Parteispaltung angesehen werden muss

3) Sofortige Durchführung der Kontrolle der Angestellten Sekretäre durch eine paritätische Besetzung der Sekretariate. Es ist die Ausrede Machtlosigkeit der Parteiführung, den ganzen Apparat in den Händen der Minderheit zu belassen. Eine radikale ergreift eine Initiative der letzten Vorfälle unbedingt erforderlich

Ortsekretariat Finke : Daumer
Landessekretariat Wien Brandler : Kramer für den verst. Kol. Hermann
Gewerkschafts-Sekretariat ~~Neumann~~ : Hermann Entlassung Frölich
Bezirkssekretariat Marschan : Killob

4) Einberufung des Landesparteitages

5) Regelung der Parteiangelegenheiten

Die Unterzeichneten verlangen die sofortige Besprechung der ersten vier Punkte als unaufschiebbar sind, und die Beschlussfassung der Punkte ist nach Durchführung der Punkte eins und drei im Polbüro.

Erledigt das Politische Büro diese Angelegenheiten nicht, fühlen sie sich im Politischen Büro an nichts gebunden und werden sofort in die Pol. Sitzung nicht erscheinen, als der Parteivorstand nicht zusammentritt um über diese Angelegenheiten zu sprechen.

Bestätigung des Sekretariats Karl

Der Parteivorstand begrüsst die Entscheidung der Kommintern in der österreichischen Frage, In vollkommenem Einverständnis mit der Entscheidung wird der Parteivorstand dafür sorgen, dass sie in allen Punkten unbedingt durchgeführt wird.

Mit dem heutigen Zusammentritt des vom Parteitag gewählten, von der Kommintern ausdrücklich bestätigten Parteivorstandes hat gemäss der Entscheidung der Kommintern das alte Polbüro automatisch bereits zu existieren aufgehört.

Indem die Kommintern durch ihren Beschluss den Parteivorstand verpflichtet die auf dem letzten Parteitag zwar zu Ende beratenen aber nicht mehr zur Abstimmung gelangten Fragen (Resolution zum Tätigkeitsbericht der alten Zentrale und des alten Polbüros vorgelegt von der Delegation Floridsdorf sowie die Resolution Donnauer über die Reinigung der Partei), ferner aber auch jene Fragen, deren Beratung nicht zu Ende geführt oder nicht mehr begonnen werden konnte (Resolution des alten Polbüros über die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen sowie die Thesen zu den organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Partei vorgelegt von der Delegation Meidling, die im 5. Absatz die Frage behandelt, in welchem Tempo die Umstellung auf die Betriebszellengrundlage erfolgen soll) indemalso die Kommintern durch ihren Beschluss den Parteivorstand verpflichtet, alle vorgenannten Fragen gründlich vorzuberaten und sie dem kommenden Parteitag vorzulegen, indem die Kommintern den Parteivorstand weiter verpflichtet ein klar umrissenes organisatorisches und politisches Aktionsprogramm auszuarbeiten und dem Parteitag vorzulegen, hat die Kommintern entschieden:

1. dass der kommende Parteitag zu beschliessen hat über die Umstellung auf die Betriebszellen und dass mit der Umstellung nach dem Parteitag zu beginnen ist, dass also der kommende Parteitag auf Grundlage des gegenwärtig bestehenden, von der Kommintern sanktionierten Parteistatuts abgehalten werden muss.

2. dass der kommende Parteitag die Fehler der verflossenen Tätigkeitsperiode zu besprechen und in der Partei zu klären und die Wiederholung solcher Fehler für die Zukunft auszuschliessen.

3. dass der kommende Parteitag schliesslich Beschluss zu fassen hat über die Einheit der Partei.

Mit ganz besonderer Freude begrüsst der Parteivorstand die im Beschluss der Kommintern niedergelegte Auffassung, dass die Differenzen innerhalb der Partei im Prozess der Arbeit, durch gemeinsame Arbeit am Aufbau der Partei likvidiert werden müssen. Dieser Grundgedanke der Kommintern-Entscheidung wird der Leitgedanke des Parteivorstandes.

In diesem Sinne wendet sich der Parteivorstand an alle Mitglieder: in gemeinsamer Arbeit für den Aufbau der Partei wird die Partei die inneren Differenzen überwinden und den Weg finden zum Aufstieg.

Kamerad Franz Josef!

Dieses Rundschreiben von Genossen über die Einrichtung einer Bezirksstelle d. Kommunistischen Partei, wird unterstützt und ersuche Dich, Deine Meinung darüber d. Bezirksleitung Graz-Stadt bekanntzugeben.

Ich möchte als Vorschlag, daß d. Leitung der Bezirksstelle Graz, aus d. Genossen Hofbauer, Graz, und d. Genossen Hofbauer, Hadek, auf dem Standpunkte vertreten werden, wo d. Sozialdemokratie überflüssig geworden ist, weil Kommunisten Kommunisten, und nicht Sozialdemokraten eine Rundschreiben, als Bezirksleitung fungieren sollen. Auch auf d. Landbevölkerung, Stützpunkte Leitung unter d. Vorsitz. funktionieren.

Graz ist d. Sitz bei, wenn Genossen Hofbauer seine Absicht, die sie mir gesagt hat.

Mit Kommunistischen Parteigruß

Lokalorganisation der Kommunistischen Partei GRAZ

Josef Hofbauer

Ergänzung zu den Richtlinien über die Gemeinderatswahlen.

Zur Frage der Taktik gegenüber den Sozialdemokraten haben die Landesleitungen genaue Kontrolle zu üben, inwieweit in den einzelnen Orten die Voraussetzungen für die Stimmenabgabe für die Sozialdemokraten gegeben sind. In keinem Falle darf die Anwendung der Einheitsfronttaktik die Aktivität der Partei beeinflussen und nur der Bequemlichkeit halber angewendet werden.

Zur Bedeckungsfrage wird noch auf den Absatz: Steuer und Finanzpolitik und Kommunalisierung verwiesen, bei deren richtiger Handhabung schon zum Teil die Bedeckung für die übrigen Forderungen gegeben ist.

Materialangabe für Referenten.

I. Das Kommunalprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands.

II. Referentenführer 1923.

III. Die Aufgaben der Gemeinden von Dr. Michael Schacherl.

Sämtliches Material ist in der Arbeiterbuchhandlung, Wien VIII. Alserstrasse Nr. 69 erhältlich.

Für das Pol. Büro:

K o p l e n i g.

Kommunistische Partei Oesterreichs
Organ.
Bibliotheksmaterial

Rundschreiben zur inneren Lage der K.P.Oe.

An die Landesleitungen und Lokalorganisationen !

Werte Genossen!

Das Präsidium der Komintern hat zur Lage in der K.P.Oe. Stellung genommen und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Exekutive verurteilt die Aeusserungen fraktionellen Kampfes, die sich auf dem Parteitag der K.P.Oe. gezeigt haben und tritt nach wie vor nachdrücklich für die Auflösung der Fraktionen und gegen den Fraktionskampf auf. Sie gibt die Linie der Verständigung und Zusammenarbeit, indem sie gleichzeitig die politischen und organisatorischen Aufgaben aufzeigt, für welche die Partei wirken muss.

2. Der geschäftsführende Ausschuss wird bis zu dem Zeitpunkte, da die Zentrale wieder in Funktion tritt, bestätigt. Die Exekutive bestätigt die vom Parteitage gewählte Zentrale. Die Exekutive annuliert den Ausschluss des Genossen Daubler aus der Partei. Sie sistiert seine Arbeit in der Zentrale bis zum 5. Weltkongress, während dem über seine Arbeit entschieden werden soll. An Stelle Daublers soll bis zur endgültigen Entscheidung ein anderer fraktionell weniger hervorgetretener Genosse treten. Die Zentrale hat ein Politbüro zu wählen, dessen personelle Zusammensetzung von dem Vertreter der K.I. zusammen mit der Parteizentrale getroffen werden soll. Den Vorsitz in der Zentrale und im Politbüro übernimmt ein Vertreter der K.I.

3. Genosse Oswald wird beauftragt, bis zum 5. Weltkongress als Vertreter der K.I. und als Vorsitzender der Zentrale der K.P.Oe. zu wirken.

4. Unter Mitwirkung des Vertreters der K.I. arbeitet die Parteizentrale auf Grundlage des Briefes der K.I. an den Parteitag die Resolutionen aus zu den politischen und organisatorischen Fragen, zu denen der Parteitag nicht Stellung nehmen konnte, wie auch ein konkretes und politisches Aktionsprogramm.

5. Tomann und Frey sollen aus Oesterreich sofort wieder abreisen, und die Vertretung der K.I. soll dafür sorgen, dass sie in der deutschen oder tschechischen Partei, oder in Russland Verwendung finden.

In Durchführung obiger Beschlüsse wurde vom Vertreter der Komintern der vom Parteitag gewählte Parteivorstand am 17.d. zu einer Sitzung einberufen. Der P.V. hat aus seiner Mitte ein Polbüro bestehend aus den Gen. Doleschal, Grün, Fiala, Maresch, Schroth und Schönfelder gewählt.

Der Vertreter der Komintern, sowie der Parteivorstand und das Polbüro appelliert nochmals eindringlichst an die gesamte Parteimitgliedschaft sich auf die von der Exekutive gewiesene Linie der Verständigung und Zusammenarbeit zu stellen und jede Fortsetzung des Fraktionskampfes zu vermeiden.

Wir erwarten, dass alle Genossen und Genossinnen ihren ehrlichen Willen zur Rettung der Partei bekunden durch die Einsetzung aller Kräfte zur Vorbereitung des 1. Mai, um an diesem Tage durch machtvolle Kundgebungen die Einheit und Geschlossenheit der K.P.Oe, zu dokumentieren.

Der Vertreter d. Komintern:

Oswald

Für das Polbüro:

Wien, am 23. April 1924.

Erklärung

Die unterzeichneten Mitglieder des Parteivorstandes, der von der Komintern sanktioniert wurde, sehen sich durch das Verhalten des Komintern-vertreters zu folgender Erklärung veranlasst :

Die Unterzeichneten konstatieren dass der Komintern-vertreter wed r dem Wortlaut nach, noch dem Sinne der Entscheidungen der Komintern nach seine Tätigkeit v llzieht, sondern sich im Gegenteil eine Reihe von Inkorrektheiten zuschulden kommen liess, zu denen er weder das Mandat, noch eine Blankovollmacht, noch die genügende Autorität hat um sie allein verfügen zu können.

1) Inkorrekt war de. Versuch das Politische Büro ohne Parteivorstand bestehen lassen zu wollen,

2) Inkorrekt war es, sich trotz eines unabkömmlichen Beschlusses der Parteivorstandssitzung, sich mit nur einer Seite, der Parteiminderheit in Verbindung zu setzen

3) Inkorrekt ist es, den Forderungen einzelner Genossen nachzugeben, umsoweniger als sie in Widerspruch zu den Briefe der Komintern waren, da ein derartiges Nachgeben ein Freibrief auf den Ruinen der Komintern-beschlüsse durch einzelne Individuen ist

4) Inkorrekt war es dem Bezirk die Konzession zu machen dass der Parteivorstand vor dem 1. Juli s ine Zusammentritt, da damit weder die Einheit der Partei, noch die wilden Aktionen letzteren nicht gesichert bleibt, sondern aber die Komintern diskreditiert, der Parteivorstand lächerlich gemacht wird und die Komintern-vertreter in den Augen der Genossen zum Zielball absurder Provokationen wird.

Der Parteivorstand und der Komintern-vertreter haben das Recht der vertraulichen Aussprache auf einen, wenn die Genossen wollen, auch drei Tage, jedoch auf Grund der [illegible] und die Genossen nicht [illegible] für den Fall der [illegible] Sitzung in die Lage kämen [illegible] Verhandlungen [illegible]

5) [illegible]

6) Inkorrekt war es [illegible] Parteien [illegible] Landes [illegible] dass sie hier vielleicht des Konkurrenzkampfes der früheren Führer in einem fast zweijährigen erbitterten Kampf befindet. Kommt es hier [illegible] dass folgende Differenzen bestehen auf

1) gewerkschaftlichem Gebiete (prinzipiell die Frage der Unterordnung der Gewerkschaftsabteilung unter die Gesamtpartei, individualistische Auffassungen in der Betriebszellenfrage, Dualismus von Gewerkschaft und Partei, Branchenzellen, Illegalität, Aktivität, Betriebsarbeit, Fabrik- und Verkehrsleute, Lohnkämpfe etc)

2) auf politischem Gebiete (die verhängnisvolle Taktik, politische Passivität, politische Kompromisse, Entscheidungslosigkeit)

3) auf organisatorischem Gebiet (mechanischer Zentralismus, Vernachlässigung der Betriebszellenbildung, verspätete Einberufung der Konferenzen über die Betriebszellenfrage etc etc

7) Inkorrekt ist es ungenügend die Frage der Kontrolle der Parteiführung durch unbedingte Achtung der Mehrheit der Parteiorganisationen zu lösen

8) Inkorrekt ist es Massnahmen unterbinden zu wollen. Wenn hat der Komintern-vertreter kein Recht, er kann Veto einlegen gegen gefasste Beschlüsse, aber dass die Parteiorganisation, existentialisiert in Bezirksleitungen und Zellen sie nicht unterbinden

9) Inkorrekt und der Geiste des Abschlusses der Komintern zu erscheinen, wenn die Auswechselung von Personen der [illegible] und [illegible] für den Zusammentritt des Parteivorstandes geschaffen wurden. Es handelt sich bei dem Beschluss der Komintern klar und eindeutig darum, dass die Beschlüsse des Parteitages mit der Autorität der Komintern gedeckt werden, und es kann diese Entscheidung und Autorität der Komintern

weder durch Deputationen ,noch durch schädliche Präzedenzfälle einer Korraktur unterzogen werden,;.Die Komintern hat bei ihrer Entscheidung die Frage der Arbeitsfähigkeit des Parteivorstandes bereits in Betracht gezogen,die hat sich für das ZV trotz aller anhaftenden Mängel entschieden,selbst mit dem Risiko der Abberufung der internationalen Vertreter Max und Maurath.Der Komintern konnte es sich nur darum handeln die Autorität eines Parteivorstandes und eines Parteitages nicht durch unbefugtes und unverständiges Einschreiten seitens der Komintern-vertreter herabsetzen zu lassen.

Unkorrekt war nicht die politische Entscheidung über den Aufruf zum 01.Mai,da anstatt eines politisch vollständig folgerichtigen Entwurfes ein anderer genommen wurde der blos eine Addition von Ereignissen ohne politischen Querschnitt und ohne Charakterisierung der austromarxistischen Sozialdemokratie darstellte;.

Die Unterzeichneten erklären auf Grund dieser und einer Reihe andrer hier nicht angeführten Verfügungen des Komintern-vertreters, dass sie die Leistungen und die Arbeit des Parteivorstandes nicht decken können und verlangen die sofortige geschäftsordnungsgemässe Behandlung der folgenden schriftlich niedergelegten Anträge,bevor über andere Fragen entschieden wird.

Wir bitten um Uebersendung dieser Erklärung an das EK der KI

Unterschriften:

E r k l ä r u n g

Die Mitglieder des momentanen Parteivorstandes Schott, Schäfer Dolesal Enderle, ferner die am Parteitag rechtmässig gewählten P.-V.-Mitglieder H a a s , K l i n g e l h ö f e r , D e u b l e r und die Mehrheit oder ihre Vertreter der Bezirke die der Frey-Richtung angehören geben folgende Erklärung ab :

1. Sie sprechen dem Komintern-Vertreter O s w a l d , der die Tradition Heberath fortsetzt, wegen seines unkorrekten, einseitigen und seine Kompetenzen überschreitenden Verhaltens das schärfste Misstrauen aus

2. Die Parteivorstandsmitglieder Schrott, Schäfer, Dolesal reichen ihre sofortige Demission an die Komintern ein, enthalten sich jeder Abstimmung im P.V. bis zur Entscheidung der Komintern.
Sie treten ferner aus dem politischen Büro und aus der Kommission zur Ausarbeitung des "politischen Aktionsprogramms" aus und erklären dass der Parteivorstand damit seine Abstimmungsberechtigung verloren hat und alle Verantwortung für alle Entscheidungen auf den Komintervertreter fällt, der durch sein eigenmächtiges Vorgehen diese Situation geschaffen hat.

3. Die willkürliche Auswechslung der Parteivorstandsmitglieder ohne Grund und Ursache ist ein Ueberschreiten der Grenzen des demokratischen Zentralismus. Die Komintern kann Kooptierungen vornehmen, Mitgliedsgesuche zur Kenntnis nehmen, Beschlüsse durch Veto verhindern und aufheben, sie kann schliesslich einzelne Mitglieder des P.V. oder sogar den ganzen P.V. entheben, sie kann auf die Wahl Einfluss nehmen, aber noch in keiner Partei der Komintern ist der Präzedenzfall geschaffen worden, dass dieselben Parteivorstandsmitglieder ausgewechselt wurden, die überhaupt auf Antrag des internationalen Vertreters gewählt wurden.

4. Die Parteivorstandsmitglieder erklären weiters, dass sie solange an keiner Parteivorstandssitzung teilnehmen können, solange die Frage der Kontrolle der Mehrheit durch unbezahlte, freiwillige Kräfte nicht im Parteivorstand besprochen und akzeptiert wird und die unerhörte Obstruktion des P .V. und Komintervertreters in dieser Frage nicht ein Ende nimmt.

5. Die Unterzeichneten erklären ausserlich, dass die Ereignisse der allerletzten Zeit beweisen, dass ein Kompromiss mit der Tonnenrichtung undenkbar ist, dass sie jede Hoffnung aufgeben, dass die Komintervertreter und die von ihr hinterbeorderten Kräfte imstande wären eine gesunde politische und Aktionsbasis überhaupt zu schaffen und dass kein anderer Ausweg bleibt, als die Führung einer Richtung zu überlassen, die die Tonnenrichtung die Führung bereits innehatte, die Freyrichtung, trotz der Ueberbindung der Diskussion über sachliche Fragen durch die Komintern vertreter die, wenn auch vorläufig nur knappe Mehrheit erreichen konnte es gibt zu keinen anderen Ausweg als 5 die Führung der Partei in die Hände der Freyrichtung !

In Nachstehenden kurz die Begründung zu unserer Stellungnahme :

Ad.1.Die Unterzeichneten erklären,dass der Komintervertreter seine Tätigkeit weder nach dem Wortlaut der ersten Verfügungen der Komintern,noch im Sinne derselben vollzogen hat,sondern in Gegenteil sich eine Reihe von Unkorrektheiten zuschulden kommen liess,zu denen er - soweit es sich um Absichten,Entscheidungen und eigenmächtige Verfügungen handelte - weder ein Mandat,noch eine Blankovollmacht, noch die dazu erforderliche Autorität hatte.

Unkorrekt war es,die Entscheidungen der Komintern eine Weile lang vorzuenthalten,dann Besprechungen mit den Sekretären abzuhalten und hierauf den Versuch zu unternehmen,das Direktorium in Funktion zu belassen und den Zusammentritt des Parteivorstandes zu verschieben oder ganz zu verhindern.

Unkorrekt war es,sich nach diesem Vorfall neuerdings mit der Konstituierung zu befassen,trotzdem dies ein ausdrücklicher Beschluss des Parteivorstandes untersagte,der auch dem Komintervertreter nicht unbekannt,

Unkorrekt war es,den Forderungen einiger Deputationen nachzugeben,umsoweniger als sie im Widerspruch zum Kominternbeschlusse standen umsomehr als die Mehrheit der Partei durchaus hinter/ihm dem zu allen für die Freysichtung ungünstigen Entscheidungen stand.Durch die Entscheidung,dem Parteivorstand erst nach dem 1.Mai zusammentreten zu lassen,neuerliche Entscheidungen einer Deputation zuliebe von der Komintern zu verlangen und abzuwarten ,das ist ein Freibrief auf absichtliche Ungültigerklärung aller Kominternbeschlüsse durch irgendwelche Deputationen,

Unkorrekt und unerhört war die duldsame und gefällige Haltung gegenüber den Drohungen mit der Spaltung der Partei,gegenüber der Weigerung des 15.Bezirkes eine eigene Demonstration abzuhalten,anlässlich des ersten Mai.Mit dem Nachgeben rettete der Komintervertreter die Fusionsfraktion,aber nicht die Einheit der Partei,denn die Situation des ersten Mai wird für die Fusionsfraktion nicht die letzte sein,aber Oswald diskreditierte sich und die Komintern und machte sich damit zum Spielball von unerhörten Provokationen,gegen die sich selbst die Anhänger der Fusionsrichtung wandten (der ganze 10.Bezirk 3 Sprengeln des 16,Bezirkes ,der 13.Bezirk etc).

Der P-V. und der Komintervertreter laden das Odium der persönlichen Unzuständigkeit auf sich,wenn die Genossen Daubler,Kramer und Tarschowetzky auf Grund des Kominternbriefes und des tatsächlichen Sachverhaltes nicht sofort bei der ersten Sitzung in die vollen Rechte ihrer ihrer Funktionen (bei Kramer in sein Angestelltenverhältnis als Bezirkssekretär) eingesetzt wurden und wenn eine Veröffentlichung oder briefliche Verständigung unterblieb,ebenso wie die Beschlussfassung,

Falsch und unzutreffend war es sachliche Differenzen abstreiten und der Partei einen beliebigen Grades vormalen zu wollen,dass sie blos etwa des Körperverletzungen der unentrittenen Exponenten wegen,einen fast zweijährigen inneren Konflikt führt.Demgegenüber muss festgestellt werden,dass vielmehr solche Differenzen bestehen auf

1)gewerkschaftlichem Gebiete Gebiete (prinzipielle Differenz in der Frage der Unterordnung der Gewerkschaftsabteilung unter die Gesamtpartei,syndikalistische auffassungen in der Betriebszellenfrage:"Branchenzellen";Aufgabe der des Gewerkschaftlern bei der Organisierung der Betriebszellen,Passivität,Organisatorisches Unvermögen,Sabotageakte,die zweideutige Lohntaktik etc .Letzthin sogar rechte,sozialdemokratische und opportunistische Abweichungen : "Alters und Invaliditätsversicherung" wo von der Bereitwilligkeit der Beitragszahlung der Arbeiter gesprochen wird)

2)auf politischem Gebiete(vollständige Passivität,falsche Losung gen,Unvermögen einer richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik Abweichungen von den Komintern-Entschlüssen,Unterbrechung der Propaganda der Arbeiter und Bauernregierung u.vollständige Zusammenhangslosigkeit mit den Ereignissen,die verbrecherische Wahltaktik und der vernichtend falsche Wahlkampf ohne positives Programm,Organisierung von Stoßtruppe zur Provozierung von offenen Zusammenstößen,gefährliche Kindereien etc etc.)

3)auf organisatorischem Gebiet (mechanischer Zentralismus, Beitritt der Mitglieder,Gewaltakte,Ueberschreitungen des Statutes, Verunsicherung des Aufbaues der Betriebsfraktionen,chaotische,planlose "Organisierung" der Betriebszellen,Nichtbeachtung über Beschlüsse der Mehrheit der Wiener Bezirke zur Einberufung von Vertrauensmännerkonferenzen und des Wiener Landesparteitages der statutarisch längst fällig ist etc etc ungerechtfertigte Suspendierungen,Ausschlüsse organisatorische Provokationen,absichtliche Zerstörung ganzer Organisationen etc).

Unkorrekt ist es,die Frage der Kontrolle der Sekretariate durch autonome freiwillige Kräfte hinauszuschieben und ihre Bereitstellung zu unterbinden.

Unkorrekt war die Stellungnahme zum gewählten Parteivorstand. Gegen die Wahl hat niemand am Parteitag Einspruch erhoben,vom Leiden Genossen wurde vielmehr erklärt,dass er rechtmässig gewählt und ein Kompromiss auf Parität sei,dass seine Aufgabe wird nicht erfüllen können.Die Fraktion stellte den Antrag auf Anerkennung des Parteivorstandes lediglich um die Autorität der Komintern und der Exekutive und einer Zentralleitung überhaupt zu retten.Jeder hatte die Majorität,noch konnte der L.V. eine Leitung der Partei bedeuten. Deswegen konnte anstelle der sabotierenden,auszuschaltenden Genossen Arbeiter von ihrer Richtung kooptieren lassen,aber nicht die vollständig unberechtigte Ausschaltung verlangen,damit wurde der Parteileitung und der Komintern jede Autorität genommen.Ausserdem waren die Leiter zerstört und zur Fraktion Genossen genommen,wie Joachim(der neue Redakteur) und Honeckar,die ihr nie angehörten,unter dem Vorwand man entnehme die Exponenten der "Fraktionen" in Parteivorstand wurde Riess hineingenommen,der durch seine sanfte Drehung eine eigene Fraktionstätigkeit der Fraktion abzuhalten einen Beweis seiner Bescheidenheit erbrachte,das politische Büro bekam gar die absolute Mehrheit der Fraktion.Die Vorschläge machte Gen.Oswald allein. Woher hatte er die Personenkenntnis ? Woher die Vorschläge ?Und bedeutet nicht mehr Unkenntnis der Sachlage,dass bedeutet sich gleich auf die Seite der Fraktion zu stellen.

Unkorrekt ist das Verhalten des Gen.Oswald gegenüber dem Gen. Frey,der hier auf Urlaub zur Entbindung seiner Frau war und sofort wieder seinen Posten bei der K.P.D.antritt,während der Deserteur Tomann,der aus Deutschland und der Tschechei unter wichtigem Vorwande desertierte,sich noch immer in Wien aufhält.Was gedenkt er (Oswald) gegen Tomann zu unternehmen ?

Unkorrekt war die Entscheidung den dritten Exponenten in Parteistreit Koritschoner das Recht der Mitarbeit zu geben,wahrscheinlich,um die Partei zum Tummelplatz einer dritten Fraktion zu machen, unkorrekt war es auch diese Verfügung ohne Kenntnis aller Mitglieder des L.V. zu treffen.Von der Komintern erbitten wir die Aufhebung dieser Verfügung.

Unkorrekt ist es, die Entscheidung über den Landesparteitag die schon seit langem wodurch fällig ist, sowohl im Landes- als auch Reichsparteivorstand hinauszuschieben und vielleicht die Entscheidung der Komintern in der österreichischen Kommission abwarten zu wollen.

Falsch war unserer Ansicht nach die politische Entscheidung anläßlich des Aufrufes zum ersten Mai, da anstatt unserem politisch folgerichtigem Entwurfes ein anderer angenommen wurde, der bloss eine Addition von Ereignissen ohne politischen Querschnitt und ohne Charakterisierung der sektiererischen Sozialdemokratie darstellte.

Der Komintervertreter hat durch die säumige Einberufung des Parteivorstandes keine Regelung der Betriebszellenfrage getroffen, es liegt beide Teile zu einer sporadischen Organisierung von Betriebszellen (Branchenzellen, Berufszellen ausserdem bei der Fraktion, bereitgeschritten sind, was auch seine bösen Folgen schon in dem nächsten Zeit zeitigen wird, die Auflösung der Branchenzellen unter grossen Reibungen, die Wahl der Delegierten, dem Streit um den Mitgliederstand, um die Berechtigung der Abstimmung etc etc auf Folge haben wird. Die Verschleppung trägt nicht zum geringsten auch der Umstand bei, dass der unseren Einladungen nicht nur wenig zugänglich war, sondern auch dem gleitenden Zustand zuliess.

Vom Gen. Oswald ist es endlich nicht gelungen eine sachliche Basis der Zusammenarbeit zu schaffen, weder mit seiner Person noch durch die Auswahl der Kräfte die er vornimmt wird eine Beruhigung eintreten sein, "objektive" Kräfte die sich auf dem bestehenden Apparat stützen werden vom Mittel der "herrschenden" Tonangebung, die Komintern ganz Leinung respektieren, die so viele Kräfte importiert um die Aufhebung der Fraktionen durch eine positive, sachliche Arbeit unter einer fähigen Führung ermöglichen will, die über den Fraktionen steht. Die bisherige Auswahl der Kräfte als auch der Komint rovertreter beweisen aber, dass eine Gesundung auf diesem Wege nicht möglich ist, da besonders die Vorgänge der letzten Zeit und die Absichten eines Gen. Neurath zu solchen Massnahmen in der K.P.Oe. jedes Vertrauen genommen haben.

Ad 2. Die kommissionierenden Mitglieder des P.V. werden an den Parteivorstandssitzungen teilnehmen. Aber sie können nicht zulassen dass man in Vertrauen auf ihr bisheriges disziplinliertes Unterordnung unter alle Beschlüsse der Komintern, auch einem Parteivorstand um d selbst die Verantwortung für dessen Arbeiten aufzwingen will, der lediglich nach dem Willen der vereinzelten Tonangebungsdelegationen zusammengesetzt ist. Sie fügten sich einem P.V. der obzwar ungünstig zusammengesetzt, aber doch vom Parteitage gewählt war, aber sie können sich nur sehr bedingt Entscheidungen der Komintern fügen, die nichts anderes als vielleicht ungewollte Favorisierung der Disziplinbrüche und Belohnung der Spaltungsdrohungen der Tonangebung sind.

Die Mitglieder des P.V. der Freyrichtung ersuchen die Komintern den am Parteitag gewählten P.V. gutzuheissen, keine Ausschaltungen vorzunehmen und sämtliche der zurücktretenden Genossen neue zu kooptieren, unter Wahrung der Parität.

Ad 3. Wir möchten nicht und wir können auch nicht glauben dass die Komint ern bewusst auf den kranken Körper der KPOe. das bisher nicht ausgeübte Experiment des Prinzips der "Ausschaltung"

gewählter Parteivorstandsmitglieder angenommen werde, wenngleich ein Gen. Jamelli die Gemeinsamkeit unserer Richtung gar nicht kennen konnte, da ihr Benehmen im Parteivorstand durchaus nicht Anlass sein konnte, weil er jedoch wirklich Kontakt mit diesen Genossen wie z.B. Klasse [illegible] Illich absolut keine Exponenten waren, wie konnte er denn [illegible] vorschlagen, der der eifrigste Vertreter einer eigenen [illegible] Kaiserkonstruktion war ? Gelenkt die Komintern die Aktionen des demokratischen Zentralismus wirklich so weit zu erweitern ? Wir können in diesem speziellen Falle schon unsere Befürchten Ausdruck, wie erst bei einer ev. Generalisierung. Wie würde erst unsere Stellung gegenüber, wenn der PV diese Massnahmen, die er jetzt [illegible] Interesse vornehmen konnte, auf die Organisationen nicht angewendet hätte? So hat die Komintern, in welcher [illegible], bei welcher Sektion "Auswechslungen" vorgenommen ?

Ad. d. Kein Parteivorstand - ausser ein absolut kommunistischer und bei diesem wäre es auch folgerichtig - kann Beschlüsse fassen ohne Gefahr zu laufen, dass sie von den bestehenden Angestelltenorganisationen sabotiert, nicht eingehalten werden etc. Eine obligatorische Entlassung der Sekretäre wegen fraktioneller Betätigung würde die derartige Entlassung aller Sekretäre zufolge haben, weil gegen alle genügendes Belastungsmaterial in unseren Händen ist. Wir fordern jedoch nur die Entlassung Retzlikis, der die Blocks nur zur Unterminierung der Partei benützen will und ausserdem die parteitreue Besetzung aller Sekretariate, wobei die Kontrolle unbezahlt ist. Wir erwarten von der Komintern dass sie einen diesbezüglichen Beschluss fassen wird und die Sterilisierung des Gen. Jowalé nicht billigt, weil dieselbe eine, unsere an und für sich richtig, in gegenwärtigem Moment als ab[illegible] [illegible].

Ad. e. Die absolute Mehrheit drückt sich aus in dem Stimmenverhältnis am Parteitag, in dem letzten Vertrauensmännerkonferenzen die relative in der Sabotage jeder weiteren Funktionärkonferenz, in der Sabotage des Landesparteitages, in dem Aufgeben einer eigenen Kundgebung der Zentralfraktion, die sie abgewogen aufgaben weil sie nicht die Mehrheit die sie erwarteten gehabt hätten, zeigt sich endlich in dem dauernden Wachstum unserer Richtung, trotz der unterbindung der Diskussion über die zahlreichen Fehler der KPOe, trotz des falschen starren, oft einseitigen Verhaltens der Komintern-vertreter, trotz der misdertrüchtigten organisatorischen Massnahmen der früheren und jetzigen Leitung, die eine Desorientierung und Lahmlegung unserer Richtung bezwecken sollten.

Es ist unsere feste Ueberzeugung, dass die Fraktionen nur überwunden werden können, durch den sieg einer Richtung, dass eine Zurückberufung Zentrums eine Zersetzung der Partei ins Nichts bedeuten würde, dass unsere Mehrheit dem Aufstieg der Partei durch aktives politisches und gewerkschaftliches Programm ermöglicht wird, unter Ausschaltung jeder organisatorischen Massregel, da der Kampfe in der Partei nur durch die moralische Zersetzung einer oder anderen Richtung und nicht durch mechanische Mittel erfolgen kann. Eine solche Möglichkeit war der L.Wi gegen die Zentrumrichtung, wenn wir dieselben verwerflichen Mittel wie die Zentrumrichtung anwenden würden, hätte man gegen uns ebenfalls so vorgehen müssen ! Der Komintervertreter hätte nicht ausschliessen, nein er hätte nur nicht nachgeben müssen, er hat die Situation nicht erfasst.

Wir erklären zum Schluss noch,dass auch die österreichische Kommission ein schlechtes Resultat zeitigen wird,wenn sie im Geiste der bisherigen Entscheidungen fortfährt.Das Prestige der Komintern kann in Oesterreich restlos nur wiederhergestellt werden durch eine offene Erklärung über die nach Oesterreich geschickten Komintervertreter,durch die Feststellung der Tatsache,dass es ein Verhängnis für die Partei war,dass die Diskussion über sachliche Differenze n nun schon seit fast einem Jahre geht,dass keine Arbeitsbasis durch die paritätische Minderung und durch das Unvermögen der Komintern - vertreter eine sachliche Basis zu schaffen,zustande kommen konnte Anerkennung der Tatsache,dass es entscheidende sachliche Differenzen gibt,die sich jetzt im Spiegelbild der Fraktionen zeigen und die sich sonst bei politischen Ereignissen vielleicht später noch katastrophaler gezeigt hätten.Die Fraktionskämpfe haben ihre sach - lichen Ursachen,gründen sich auf sachliche Gegensätze und sie er- zeugen auf derselben Linie neue.Darum entstehen die Abweichungen von den Beschlüssen der Komintern in der Frage der Einheitsfronttaktik,der Arbeiterregierung,der Betriebszellen,nur auf der Seite der Zentrumfraktion ?Warum,wenn die Fraktionskämpfe an sich die Ursache des Parteistreites und der Differenzen sind,erzeugen sie auf der Seite der Zweyrichtung nicht ebenfalls ? Der Unterschied ist nur der,dass die Zentrumrichtung sich an jede Linie auch an die Linie der Korruption,der gefährlichsten Kinderei,den Opportuni - mus und des Hyperradikalismus assimilierte ohne Farbe zu bekennen Erst in den Fraktionskämpfen bezog sie eine Position :die positiven der persönlichsten Beflegelung und Unfähigkeit und andererseit die gefährlichsten politischen,gewerkschaftlichen und organisatori- schen Abweichungen von den Grundsätzen und der Taktik der Komin- Alle Auftauchenden Differenzen wollen in ihrer Tendenz,ihrer Ursache,ihrer Konsequenz und in ihren Folge betrachtet werden.

Aus der Kenntnis der Partei seit Gründung an resultiert unsere Stellungnahme.Gleichviel wielange und in welchen Formen der Kampf sich abspielen wird ? wird werden nicht dulden,bevor nicht die K.P.Oe den Weg der Gesundung gegangen ist.

Mit kommunistischem Gruss

für die Mitglieder d.Momentanen P.L.

die Mitglieder des gewählten P.V.

Lokal :
Gruppe : Funktion :

N.B. Wir ersuchen den Komintervertreter um Uebersendung der Erklärung an die Komintern.